

IV. SELBSTHILFE, AUSBEUTUNG DER ARBEITSKRAFT UND
STAATLICHE POLITIK IN LATEINAMERIKA

Emilio PRADILLA*

"Nehmen wir an, in einer gegebenen Industrie-
gegend sei es die Regel geworden, daß jeder
Arbeiter sein eignes Häuschen besitzt. In
diesem Fall wohnt die Arbeiterklasse jener
Gegend frei; Unkosten für Wohnung gehen nicht
mehr ein in den Wert ihrer Arbeitskraft. Jede
Verringerung der Erzeugungskosten der Arbeits-
kraft, d.h. jede dauernde Preiserniedrigung
der Lebensbedürfnisse des Arbeiters kommt aber
"aufgrund der ehernen Gesetze der Volkswirt-
schaftslehre" einer Herabdrückung des Werts
der Arbeitskraft gleich und hat daher schließ-
lich einen entsprechenden Fall im Arbeitslohn
zur Folge. Der Arbeitslohn würde also durch-
schnittlich um den ersparten Durchschnittsmiet-
betrag fallen, d.h. der Arbeiter würde die
Miete für sein eignes Haus zahlen, aber nicht,
wie früher, in Geld an den Hausbesitzer, son-
dern in unbezahlter Arbeit an den Fabrikanten,
für den er arbeitet. Auf diese Weise würden
die im Häuschen angelegten Ersparnisse des
Arbeiters allerdings gewissermaßen zu Kapital,
aber Kapital nicht für ihn, sondern für den
ihn beschäftigenden Kapitalisten."

Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage (1872)
MEW 18, S. 240 f.

Seit zwei Jahrzehnten propagieren, unterstützen bzw. tolerie-
ren die lateinamerikanischen Regierungen unter unterschied-
lichen Bezeichnungen das, was wir Selbsthilfe im Wohnungsbau
bezeichnen, für Teile der Arbeiterschaft, Angestellte mit
niedrigem Einkommen, Unterbeschäftigte, Arbeitslose sowie
selbständig Beschäftigte. Für viele dieser Regierungen und
für viele ihrer Techniker und "Theoretiker" hat sich die
Selbsthilfe als das "magische" Rezept erwiesen - versehen mit
zahlreichen heilsamen Tugenden - um die "Wohnungsfrage" der
"weniger begünstigten" sozialen Schichten zu lösen. Hierin
haben sie die Unterstützung der internationalen Institutionen

*Seminar über das Wohnungsproblem in Lateinamerika, Mexiko,
Juni 1978

gefunden, die vorrangig vom nordamerikanischen Imperialismus beherrscht werden. Die Begeisterung für die Selbsthilfe ist auch bis in die Reihen der "Linken" vorgedrungen, so daß einige die Spontaneität des "Volkes" zum Glaubensbekenntnis erhoben, es idealisierten und diese Form der Subsistenz der Massen Lateinamerikas und anderer Gegenden des Planeten auf programmatische Altäre erhoben. Wir beabsichtigen in dieser Studie den objektiven Charakter der Selbsthilfe zu analysieren und eine Kritik zu üben sowohl an der Selbsthilfepolitik der lateinamerikanischen Staaten wie auch an den Positionen, die im gleichen Sinne von Intellektuellen und "linken" Organisationen, meistens unter dem Deckmantel populistischer Rechtfertigungen, erhoben werden.

1. Die Selbsthilfe als Herstellungsart der Wohnung

Obwohl wir nicht über das statistische Material für eine empirische Belegung verfügen, können wir bedenkenlos feststellen, daß fast sämtliche ländlichen Wohnungen und ein beachtlicher Anteil - oft die Mehrzahl - der städtischen Wohnungen Lateinamerikas von ihren Nutzern selbst errichtet worden sind, ohne die Hilfe von Architekten, Facharbeitern oder anderer Spezialisten zu beanspruchen, abgesehen von sporadischen und unbedeutenden Ausnahmen. Im Fall der Städte hat diese Feststellung, die für die Wohnsituation der Massen seit der Kolonialzeit Gültigkeit besitzt, eine besondere Bedeutung für die breite Masse der Arbeiter, Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, selbständig Arbeitenden und Angestellten mit niedrigen Einkünften, die das demographische Wachstum der Städte seit dem Beginn der abhängigen kapitalistischen Entwicklung Lateinamerikas - insbesondere nach dem 2. Weltkrieg - bestimmen. Unsere Analyse bezieht sich ausschließlich auf diese historische Periode.

Es gibt offensichtlich erkennbare Unterschiede sowohl in der Größenordnung des Phänomens wie in der spezifischen Entwicklungsform zwischen Städten wie Buenos Aires, Mexiko

City oder Guayaquil; dennoch glauben wir, daß die Analyse auf alle Situationen anwendbar ist, da sich in der Abstraktion der allgemeinen Tendenzen die besonderen mehr oder weniger widerspiegeln. Bei der Analyse der vielfältigen Formen, die der Prozeß annehmen kann, werden wir uns auf die dominierenden beschränken.

1.1. Die Selbsthilfe als Subsistenzform des verarmten Proletariats und der industriellen Reservearmee

Wie wir bereits in früheren Arbeiten festgestellt haben (1), sind Selbsthilfe und Mietverhältnisse (2) in den innerstädtischen Slumquartieren bzw. in den in Selbsthilfe errichteten Außenbereichen die einzig mögliche Alternative für die Lösung der Wohnbedürfnisse für die enorme industrielle Reservearmee und für die breite Masse der verarmten Arbeiter, deren extreme Ausbeutung eine der strukturellen Charakteristika des abhängigen Kapitalismus von Lateinamerika ist.

A. Die industrielle Reservearmee

Mit Ausnahme Mexikos (3) und den kurzen demokratischen Perioden der Agrarreformen in anderen Ländern, die jedoch nach kurzer Zeit beendet und rückgängig gemacht wurden - Guatemala (Jacobo Arbenz 1952-54), Bolivien (Revolution 1952), Chile (Unidad Popular 1970-73) und Peru (Regierung Velasco Alvarado 1968-75) erfolgte die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft in Lateinamerika auf der reaktionären Ebene des Großgrundbesitzes, von Lenin als die der preußischen Junker bezeichnet. (4) Die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft durch den Großgrundbesitz wird angetrieben durch die industrielle Entwicklung, die den Verbrauch landwirtschaftlicher Rohstoffe steigert und das gleichzeitige Anwachsen des städtischen Proletariats und anderer Lohnabhängiger, die alle Konsumenten landwirtschaftlicher Produkte sind, sowie durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Exporte als grundlegender Devisenquelle für die Aufrechterhaltung der Akkumulation (5), und begleitet von der Proleta-

risierung oder quasi-Proletarisierung, der Verarmung und Vertreibung der armen Bauern: Knechte, Pächter und Teilhaber, nicht-kapitalistische Kleinbesitzer, usw. Die Entwicklung der großen land- bzw. viehwirtschaftlichen Betriebe bringt nur die Proletarisierung eines geringen Anteils der Bauern mit sich, während sie begleitet wird von einer Veränderung der Produktionsbedingungen (verbessertes Saatgut, Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinerie, neue technische Methoden, usw.). Gleichzeitig wird ein Bevölkerungsüberschuß freigesetzt, der für diese Art der Agrarproduktion überflüssig ist. Die Betriebe, die dem Zyklus von Aussaat und Ernte unterliegen (Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr, usw.) verwandeln sich in zeitweilige Konsumenten von Arbeitskraft, die sich fast ausschließlich aus einem migrierenden Halb-Proletariat zusammensetzt.

Die Entwicklung der kapitalistischen Groß-Landwirtschaft wird begleitet sowohl von der gewaltsamen Enteignung (Kolumbien während der Periode des Bürgerkrieges 1948, um nur einen Fall zu nennen), wie durch den Kauf von Land, oder die Miete bzw. den verdeckten Kauf von gesetzlich unverkäuflichem Land (Reservate und indianisches Kommunalland in Kolumbien, Ekuador, Peru, Bolivien, Guatemala und Mexiko, Genossenschaftsland in Mexiko) oder die gewaltsame bzw. legale Auflösung dieser Besitzform. So wird mit dem Entstehen oder der Erweiterung der großen kapitalistischen Agrareinheiten die Vertreibung der ehemaligen Besitzer vollzogen, die für die neue Art der Agrarproduktion überflüssig geworden sind. Die Kleinbauern hingegen (seien es Pächter, Teilhaber, indianische Kommunarden oder Genossenschaftsmitglieder - wie z.B. in Mexiko) denen es weder möglich ist, die Anbaufläche zu erweitern, noch im Rahmen ihrer begrenzten Anbaufläche ein Mehrprodukt zu akkumulieren, d.h. die nicht in der Lage sind, die Produktivität ihres Landes oder ihrer Arbeit wesentlich zu steigern, sondern die einen Teil ihrer Produkte unter ihrem Preis verkaufen, um die unerläßlichen nichtagrarischen Konsumtionsmittel zu erhalten, die unter dem Druck des Bevölkerungswachstums und der Erpressungen örtlicher Kaufleute auf dem Markt außerstande sind, mit

den Produkten der kapitalistischen Agrarbetriebe zu konkurrieren. Diese Kleinbauern erfahren einen schnellen Verarmungsprozeß, der einen beträchtlichen Teil entweder halb-proletarisiert oder zur Abwanderung zwingt. Im ersten Fall verwandeln sie sich in saisonale und umherwandernde Landarbeiter(6), während die Familie weiterhin das Stück Land bearbeitet. Die Ausbeutungsbedingungen dieser Arbeiter sind besonders extrem, der Lohn ernährt den Arbeiter kaum, ganz zu schweigen von seiner Familie.

Im zweiten Fall werden sie nach der Übergabe ihres Besitzes an den kapitalistischen Großproduzenten oder an die mittleren und reichen Bauern sich in die großen Städte begeben, dem einzigen Ort, an dem noch eine Arbeit oder wenigstens die Subsistenz in den Zwischenräumen der bürgerlichen Gesellschaft zu finden ist. In Mexiko ist durch die aus der Revolution von 1910-17 hervorgegangene Agrarreform der Großgrundbesitz zugunsten der Genossenschaften erheblich reduziert worden. Es entstand in der Folge eine Vielzahl von Ausbeutungsformen: kapitalistischer Großbetrieb, kapitalistische Höfe, kleine vorkapitalistische Produktionsweise in Genossenschaften und Kleinbesitzen, indianische kommunale Produktionsweisen und vor allem die große Masse der landlosen Bauern. Die Halbproletarisierung und Verarmung trifft in gleicher Weise vereinzelte Bauern (Genossenschafter und Kleinbesitzer) wie die indianischen Kommunarden.

Zu den durch die Verarmung vertriebenen Kleinbauern kommt die große Masse der landlosen Bauern hinzu. Im Fall der Genossenschaften (ejido) führt die Verarmung zum illegalen Verkauf oder der verdeckten Verpachtung von Land, das sich dann - trotz gesetzlicher Hindernisse - in kapitalistischen Großbetrieben wiederfindet. Dennoch wirkt der staatliche Charakter des Genossenschaftsbesitzes als Hemmnis, es zu verlassen, es wirkt als Garant für die Erhaltung des Kleinbesitzes.

Das Agrarproblem ist von der Bourgeoisie nicht gelöst worden und die Klassenwidersprüche auf dem Lande sind noch sehr ex-

trem im Vergleich zu anderen Ländern mit einer ähnlichen kapitalistischen Entwicklung. Dennoch können wir feststellen, daß Mexiko in bezug auf die massive Vertreibung der Bauern hin zu den großen Städten und die Art, wie dieses geschieht, keine Ausnahme darstellt.

Unabhängig von nationalen Besonderheiten, aber mit unterschiedlichem Rhythmus je nach der jeweiligen Entwicklung des Kapitalismus in den verschiedenen Ländern (bzw. die Epoche, in der der Industrialisierungsprozeß und sein Gegenstück, die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft, begann) (7), ist dies die Situation, in der die lateinamerikanische Bauernschaft sich befindet. Sie hat sich besonders seit dem Anfang der 50er Jahre verschärft, als die Entwicklung des Monopolkapitalismus in Industrie und Landwirtschaft hervortrat und das imperialistische Kapital, besonders das Nordamerikanische, alle Sphären der lateinamerikanischen Wirtschaften (inklusive der Landwirtschaft) durchdrang und die neue Dynamik der abhängigen Entwicklung auf sie übertrug. Für die Mehrzahl der Länder ist dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen; im Gegenteil, er gewinnt in dem Maße an Dynamik, wie die kapitalistischen Produktionsbedingungen sich auf dem Lande ausbreiten und die vorkapitalistischen Produktionsformen verdrängen.

Die zugespitzte Konzentration der industriellen Entwicklung in einigen wenigen Städten ist typisch für den Kapitalismus im allgemeinen, aber noch ausgeprägter in den Ländern, die in der Phase des Monopolkapitalismus und des Imperialismus industrialisiert werden. Dieser Konzentrationsprozeß wird noch durch die Tätigkeiten des Handels, der Banken und der Dienstleistungen verstärkt. Folglich haben die Zuwanderer nur in den wenigen urbanen Zentren die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen oder unproduktive Subsistenzformen auf der Ebene eines Lumpenproletariats zu entwickeln: fahrende Händler, persönliche Dienstleistungen, Prostitution, Kriminalität, Bettellei usw.

Der massive Zustrom von Bauern in die Städte und das natürliche Wachstum der bereits ansässigen Arbeiter summieren sich.

Diese neue Stadtbevölkerung verwandelt sich nicht in das aktive Heer im Dienste des Kapitals, sondern es stellt eine industrielle Reservearmee enormen Ausmaßes. Diese industrielle Reservearmee, die etwa 20 bis 50 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung der lateinamerikanischen Städte umfaßt, ist das Resultat des Zusammenspiels folgender Prozesse:

- A) Die kapitalistische Akkumulation in Landwirtschaft und Industrie vollzieht sich in Lateinamerika sehr langsam, mit Tendenzen zur Stagnation, die sich aus den folgenden strukturellen Elementen ergeben (8):
- Die Importbeschränkungen für Produktionsmittel (Maschinen und Rohstoffe), die nicht im Lande hergestellt werden, aber für die Erhaltung und die Erweiterung des produktiven Sektors in zunehmendem Maße erforderlich sind, ist durch die geringen Devisenmengen aus den Exporten bedingt, deren Entwicklung nicht mit den zunehmenden Importbedürfnissen Schritt hält und auch anderen Mechanismen unterliegt; die zunehmende Auslandsverschuldung vieler lateinamerikanischer Staaten veranschaulicht dies. In Zeiten einer Zunahme der Menge und der Preise von Exporten - Erdölboom in Venezuela und Ekuador, der schnelle Preisanstieg des Kaffees für Kolumbien und andere Erzeugerländer ab 1974, die Zunahme des Handels mit Rauschgift und anderen Waren, - verwendet die Bourgeoisie allerdings einen beträchtlichen Anteil dieser Devisen für die Einfuhr von Luxusgütern für die oberen Konsumtionssphären.
 - Die Investitionen in dem Bereich der dauerhaften Konsumtionsmittel und der Produktionsmittel (der sich in den letzten Jahren in Lateinamerika am meisten entwickelt hat), stoßen an ihre Grenzen aufgrund der begrenzten Absatzmärkte wie auch aufgrund der Höhe der erforderlichen Investitionen. Wie wir sehen werden, schaffen diese Investitionen auch nur wenige Arbeitsplätze.
 - Ein beträchtlicher Anteil des abgeschöpften Mehrwerts wird von den imperialistischen Unternehmen, deren Stellenwert im produktiven Apparat beachtlich ist, nicht in

diesen Sektor reinvestiert sondern ins Mutterland überführt oder in unproduktive Sektoren mit wenigen Arbeitsplätzen investiert (Land- oder Immobilienbesitz, Finanztransaktionen, usw.) womit nicht die Tatsache widerlegt werden soll, daß dieses ausländische Kapital im wesentlichen die kapitalistische Entwicklung der Lateinamerikanischen Staaten trägt.

- Das "nationale" Kapital verbraucht einen wesentlichen Anteil des angeeigneten Mehrwerts für Luxusgüter. Investitionen mit einem schnellen Gewinnausstoß werden bevorzugt (Finanztransaktionen, Land- und Immobilienbesitz, Dienstleistungen, usw.), so daß produktive Investitionen selten erfolgen. Es muß allerdings festgestellt werden, daß der Investitionsfluß des nationalen und ausländischen Kapitals nicht das Resultat der Willkür der Bourgeoisie sind, sondern bestimmt werden durch die wirtschaftliche Entwicklung selbst sowie durch die hohen Profite in diesen Sektoren.
- Die extrem schichtenspezifische Segregation im Bereich der Warenzirkulation; es gibt eine hohe Ebene, die sich aus Nutznießern des Mehrwerts zusammensetzt und die eine begrenzte Menge hochentwickelter und komplexer Waren konsumiert; eine niedrige Ebene, zusammengesetzt aus Arbeitern, Angestellten, Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, die Subsistenzmittel konsumieren und deren Kaufkraft aufgrund der Stagnation bzw. des Drucks auf den Reallohn nur allmählich wächst (siehe Abschnitt B). Die Dynamik des produktiven Sektors wird durch die Ebene bestimmt, die für die oberen Schichten produziert, sie verläuft jedoch zyklisch und unregelmäßig aufgrund der Charakteristika dieser Nachfrage. Diese Erscheinungen bedingen einen Zustand, der nahezu permanenten Krise bei dem Verkauf dieser Waren und eine Stagnation bei der Kapitalakkumulation. Diese latenten Absatzkrisen werden durch die Nachfrage der "mittleren Schichten" ausgeglichen - eine dritte Absatzebene, entstanden aus der Entwicklung der Monopolindustrie, des Handels, der Banken und der Dienstleistungen, aus dem Konsum der staatlichen

Organe und der durch den Staat geförderten Exporte; dennoch besitzt diese dritte Ebene, genauso wie die Konsumption durch den Staat und die Exporte ihre eigenen Grenzen. Die daraus resultierende geringe Kapitalakkumulation, deren Effekte auf die sonstigen mit ihr verbundenen Wirtschaftssektoren übertragen werden, bewirkt eine langsame und geringfügige Aufnahme von Arbeitskräften.

- B. Die lateinamerikanischen Wirtschaften unterliegen schweren Zyklen der Stagnation bzw. Rezession aufgrund der Entwicklung der eigenen inneren Widersprüche, wie auch durch die Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf Weltebene, die über den Weltmarkt und über die Auswirkungen des Akkumulationsprozesses übertragen werden.

Beispiele dieser Krise sind die der 60er Jahre in ganz Lateinamerika, 1974-75 in Kolumbien, ab 1973 in Brasilien und Chile, gegenwärtig in Argentinien und Peru, von 1976 bis heute in Mexiko, usw. Diese zyklischen Krisen bewirken eine Stagnation in der Akkumulation und folglich in der Absorption von Arbeitskräften. Oft führen sie sogar zu einer Freisetzung eines Teils der bereits absorbierten Arbeitskräfte, so daß Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung wachsen.

- C. Die geringe Absorption von Arbeitskräften durch den industriellen Sektor in den Zyklen erhöhter Kapitalakkumulation - Kolumbien seit Beginn des Ölbooms, usw. - erfolgte wegen:
 - Dem beschleunigten monopolistischen Konzentrationsprozeß der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion in den Händen des assoziierten örtlichen und imperialistischen Finanzkapitals.
 - Die Tendenz zur Angleichung der organischen Zusammensetzung des Kapitals zwischen den lateinamerikanischen Industrien und denen der Industrieländer, um sich der internationalen Konkurrenz stellen zu können, besonders

in den Zeiten, in denen sich alle um eine Erhöhung der Exporte bemühen, um sowohl die interne Absatzkrise zu überwinden wie auch die Devisenbeschränkungen zur Einfuhr von Produktionsmitteln.

- Die technologische Abhängigkeit, bedingt durch die Schwäche des Bereichs der Produktion der Produktionsmittel in Lateinamerika.

Die aus den Industrieländern importierten Maschinen, die einzigen, die man importieren kann, sind als Ergebnis der eigenen historischen Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung dieser Länder wenig arbeitsintensiv. Wenn die Erneuerung von Anlagen in den lateinamerikanischen Industrien aus den beiden obengenannten Gründen Arbeitskräfte binden, so absorbieren die neuen produktiven Investitionen einen weitaus geringeren Anteil an Arbeitskräften, als dies unter anderen technischen Voraussetzungen denkbar wäre, deren Verwirklichung jedoch unmöglich gemacht wird.

- Die Tatsache, daß die industrielle Entwicklung dazu tendiert, ihre dynamischen Sektoren in der Herstellung von dauerhaften Konsumgütern und von Produktionsmitteln zu haben, die kapitalintensiver als die herkömmlichen Industrien sind, führt dazu, daß die Akkumulation von Kapital jedesmal weniger Arbeitskräfte absorbiert.

Eine ähnliche Entwicklung ist im Handel, den Banken, den Dienstleistungen und im Staatsapparat festzustellen, in denen der Modernisierungsprozeß von Abläufen und Anlagen entweder Arbeitskräfte freisetzt oder jedes Mal weniger im Verhältnis zur Ausdehnung der Tätigkeiten absorbiert. Ein deutliches Beispiel dieser Erscheinung sind die Auswirkungen der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in all diesen Bereichen der gesellschaftlichen Tätigkeiten.

- D. Die industrielle Entwicklung zersetzt ständig die Produktionsweisen des Handwerks und der veralteten Manufakturen, ohne sie jedoch restlos zu zerstören und schleudert Handwerker und "traditionelle" Arbeiter auf den Arbeitsmarkt, die das Angebot an Arbeitskräften vergrößern, aber von der expandierenden monopolistischen Industrie kaum absorbierbar sind. Der schnelle Prozeß der monopolistischen Konzentration, den der produktive Sektor Lateinamerikas seit dem II. Weltkrieg erlebt, bringt - als die andere Seite der Medaille - die Zerstörung des Handwerks und der kleinen Manufaktur mit sich. Ein ähnliches Phänomen ist im Handel und in den Dienstleistungen festzustellen.

Unter diesen Bedingungen kann die enorme Masse der migrierten Bauern, die durch die kapitalistische Entwicklung aus dem Agrarbereich verdrängt worden sind, nicht durch die städtische kapitalistische Entwicklung absorbiert werden, und sie vergrößern die ungeheure industrielle Reservearmee(9), die sich prinzipiell zusammensetzt aus:

- a) Lumpenproletariat: Bettler, Landstreicher, Prostituierte, kleine Gauner, usw., die entweder von "den Krümeln vom Tisch" der Bourgeoisie leben, von der gelegentlichen Beraubung aller sozialen Schichten, oder von den Auswirkungen der sozialen Zersetzung und der sexuellen Zwänge, denen die ganze Bevölkerung unterworfen ist. Wir beziehen hier das Kanonenfutter des organisierten Verbrechens, der Schmuggerei und des Drogenhandels nicht mit ein, sie wären eine "Lohnarbeit" im Dienste einer neuen Art von ursprünglicher Akkumulation von Kapital durch eine Lumpenbourgeoisie, die uns an die alten Piraten der kapitalistischen Akkumulation erinnert. Ihre Einkünfte sind gelegentlicher Natur und liegen normalerweise unter dem Mindestniveau der Subsistenz.
- b) "Halbbeschäftigte" mit Stücklohn: diese Gruppe setzt sich aus Lastenträgern, Haushalts-Aushilfen, Autowäschern, usw. zusammen, die nach ihrer Leistung bezahlt

werden und deren Einkünfte in der Regel nicht ausreichen, um ihre Produktivität zu reproduzieren.

- c) Gelegenheitsarbeiter und Arbeitslose wie die "freien" Arbeiter im Wohnungs- und Tiefbau, die nicht vertraglich an eine Baufirma gebunden sind, oder die Masse der auf Abruf stehenden Arbeitssuchenden, die nur sporadisch Lohn empfangen und oft lange Zeiten ohne Einkünfte auskommen müssen.
- d) Selbständige Arbeiter. Hier können wir zwei unterschiedliche Gruppen ausmachen, deren Gemeinsamkeit in der Verfügbarkeit über ihre Arbeitsbedingungen liegt, so gering sie auch sein mögen: Straßenhändler, die an der Warenzirkulation teilnehmen, indem sie sich einen geringen Teil des in ihnen enthaltenen Mehrwerts aneignen, was aber für eine normale Subsistenz eigentlich nicht ausreicht; sie stellen wahrscheinlich die größte Gruppe in Lateinamerika. Dann die Dienstleistungsberufe wie Schuhputzer, Scheren-schleifer, wandernde Gärtner usw., die von der Umverteilung der Einkünfte der Beschäftigten leben. Kleine Handwerker mit eigenem Werkzeug, die von dem Wert leben, den sie mit ihrer Arbeit schaffen, meistens unterbewertet: Schuster, Kesselflicker, Schreiner, Klempner usw.

Diese Gruppen befinden sich alle in verschiedenen Zwischenräumen des ökonomischen Apparats des Kapitalismus, und sie beziehen ihre Einkünfte aus verschiedenen Produktionsverhältnissen, durch Austausch oder Verteilung. Ihnen allen gemeinsam ist ihr Charakter als Reservearbeitskraft sowie die Tatsache, daß ihre Einkünfte unregelmäßig sind und meistens unter dem Existenzminimum liegen.

Die Dauerhaftigkeit, die diese Tätigkeiten annehmen, liegt an der Dauerhaftigkeit der strukturellen Bedingungen, die sie hervorrufen. Obwohl sie ständige Arbeitsbereiche finden, bewegen sie sich nicht in den "normalen" Bereichen des abhängigen Kapitalismus sondern in dessen Auswüchsen; die

Dauerhaftigkeit ihrer Tätigkeiten bedeutet keinesfalls, daß sie nicht mehr der Reservearmee angehören.

B. Die Verelendung der Arbeiterklasse

Die enorme Größenordnung der industriellen Reservearmee und die minimalen Einkünfte, die sie durch ihre obengenannten Subsistenztätigkeiten einnehmen, ist die erste Komponente der extremen Situation des Elends der städtischen Massen Lateinamerikas; die zweite wird geprägt durch das Prozeß der Stagnation bzw. des Falls des Realeinkommens, dem die Mehrheit der Arbeiterklasse und der sonstigen Lohnabhängigen unterworfen sind. Eine Erklärung dafür finden wir in den Auswirkungen der Existenz der riesigen industriellen Reservearmee und deren Wachstumstendenz, der Instabilität der Gewerkschaftsbewegung und der häufigen Repression, mit der die staatlichen Organe auf die Forderungen der Arbeiterklasse reagieren.

Fast alle Länder Lateinamerikas - vielleicht mit der Ausnahme Argentiniens - beginnen ihren Industrialisierungsprozeß mit der Schaffung einer fortwährend latenten Überbevölkerung(10), die durch die Knechte der vorkapitalistischen Haciendas und durch die Kleinbauern gebildet werden, die, ausgelöst durch die Weltwirtschaftskrise 1929/30, den II. Weltkrieg und deren Wirkungen auf die Produkte des Agro-Exports sowie durch die beginnende landwirtschaftliche Entwicklung zersetzt bzw. ersetzt werden, so daß sie sich in die Handelszentren begeben, wo der industrielle Aufbau sich andeutet; dann eine relativ stockende Überbevölkerung, die sich aus Hafenarbeitern, deren Existenz vom Außenhandel abhing, Handwerkern aus den schwach entwickelten Manufakturen und Angestellten in Dienstleistungsbetrieben zusammensetzt; und dann ein städtisches Lumpenproletariat, das sich hauptsächlich aus Bettlern und Stadtstreichern zusammensetzte. Wenn sie diese Überbevölkerung in den Ländern, die ihre Industrialisierung in den 20er und 30er Jahren begonnen haben, halbwegs konstant halten konnte, in dieser ersten Phase des

Industrialisierungsprozesses - bis zum Ende des II. Weltkrieges -, so lag das an dem annähernden Gleichgewicht zwischen dem Auftreten der Überbevölkerung und dem relativ schnellen Rhythmus der Absorption der Arbeitskraft durch die Industrie und die von ihr abhängenden Wirtschaftsbereiche; in den Ländern, in denen die Industrialisierung nach dem II. Weltkrieg begann - Venezuela, Peru, den mittelamerikanischen Staaten - erfolgte dieses zu einem Zeitpunkt, als die relative Überbevölkerung bereits ein beträchtliches Ausmaß angenommen hatte, so daß sie nicht mehr durch die Industrialisierung aufgesogen werden konnte, die sich bereits unter monopolistischen Bedingungen kapitalintensiv entwickelte. Die Länder der ersten Gruppe treten nach dem II. Weltkrieg in eine Phase des Ungleichgewichts zwischen den beiden obengenannten Prozessen aufgrund der beschleunigten Entwicklung der monopolistischen Konzentration und deren erhöhte organische Zusammensetzung des Kapitals sowie aufgrund des beschleunigten Zerfalls der traditionellen ländlichen Strukturen. Seitdem ist die Präsenz der industriellen Reservearmee in den Großstädten verewigt worden durch die obengenannten Gründe, und ihr ständiges Wachstum deutet sich an durch die latente und die stockende Überbevölkerung wie auch durch das Auftauchen einer *flüssigen* Überbevölkerung und einer kontinuierlichen Zunahme des Lumpenproletariats mit einer "Stabilisierung" ihrer Subsistenzformen. So kann festgestellt werden, daß diese Länder seitdem zu keiner Zeit eine Knappheit an Arbeitskräften in Landwirtschaft und Industrie gehabt haben(11). Der Wert der städtischen Arbeitskraft scheint sich anfangs dem auf dem Lande herrschenden physiologischen Minimum anzupassen. Das spätere Vorhandensein und Wachstum der industriellen Reservearmee bewirkt eine Stagnation auf diesem Niveau und erlaubt keine spürbare Anhebung aufgrund des Drucks moralischer und historischer Komponenten(12) bei der Sättigung des Arbeitsmarktes, die letztlich eine Senkung des Reallohns der in der Produktion beschäftigten Arbeiter bewirkt. Die Größe der städtischen Arbeitslosigkeit wirkt auch als ein Hemmnis für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse, die sich, außer in Argentinien, Chile und Uruguay, langsam

vollzieht, meistens unter der Bevormundung und Kontrolle der aufsteigenden Bourgeoisie (Kolumbien in den 30er Jahren) oder durch populistische Regime (Vargas, Peron, Cardenas); diese Schwäche der Gewerkschaftsbewegung sowie ihre Vereinahmung durch die Bourgeoisie beeinträchtigen in dem gesamten Zeitraum den Lohnkampf und halten die Löhne nahe an der aus den ländlichen Arbeitsbedingungen übertragenen physiologischen Mindestgrenzen.

Ein anderes schweres Hemmnis für die Forderungen der Arbeiterklasse, die in den Zeiten ihrer Ausdehnung durchaus Forderungen durchsetzen könnte, ist die Folge der Diktaturen oligarchischen Zuschnitts, die jegliche gewerkschaftliche Organisation und Kampfform heftigst unterdrücken.

Das einzige Proletariat, das wahrscheinlich die Verkaufsbedingungen seiner Arbeitskraft verbessern konnte - allerdings zum Preise der politischen Kontrolle durch den Staat - ist das der Länder, in denen die industrielle Entwicklung sich unter bonapartistischen Regierungen vollzieht, die der Arbeiterklasse Konzessionen machen, um ihre Legitimation zu erreichen und sich eine Basis zu schaffen: Mexiko nach der Revolution, das Argentinien Perons, Brasilien unter Vargas ...; eine weitere Ausnahme bilden die meist ziemlich kurzen Perioden des Zusammentreffens wirtschaftlicher Blüte und der Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten, die jedoch aufgrund ihrer Kürze und ihrer jeweils anschließenden Abschaffung die Gesamttendenz nicht prägen können.

Ab Mitte der 60er Jahre stagniert nicht nur die Entwicklung der Reallöhne, sondern sie nimmt stellenweise sogar ab als Folge der Bekämpfung der Wirtschaftskrisen. Diese Senkung des Werts der Arbeitskraft(13) ist ein unmittelbares Ergebnis des staatlichen Drucks auf die Gewerkschaften in Krisenzeiten. Die Sättigung des Arbeitsmarktes hemmt die Entwicklung des Reallohns. Dem folgt nun die Auflösung der Gewerkschaften bzw. die Staatseinmischung in diese, die Kriminalisierung des Streiks und ihre gewaltsame Bekämpfung, die

Einkerkerung der Gewerkschaftsführer und andere Maßnahmen, die sogar einen defensiven Lohnkampf unmöglich machen, während im wachsenden Maße die Preise steigen, so daß es längerfristig zu einem Abbau des Reallohnes kommt. Diese Politik wird in Brasilien unter den Militärregierungen seit 1964 angewendet, von der zivilen Regierung Kolumbiens seit 1968, von der Strössner-Diktatur in Paraguay seit 20 Jahren, die gemischt mit Militär und Zivilisten besetzte Diktatur in Uruguay seit 1972, die Regierung Morales Bermudez in Peru, das Pinochet-Regime in Chile seit 1973, Videla in Argentinien seit 1975, die Militärdiktaturen von El Salvador, Nicaragua, Guatemala und Honduras seit Jahren, usw. Die Schwäche der Arbeiterbewegung ist bedingt sowohl durch ihre Zersplitterung, wie durch die auf sie ausgeübte Kontrolle durch die Bourgeoisie bzw. den Staat, durch den von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung ausgehenden Druck, durch die Bürokratisierung eines Teiles der Gewerkschaftsführung, und vor allem, die Zersplitterung und den Reformismus ihrer Führer, so daß der arbeiterfeindlichen Politik keine adäquate Antwort gegeben wurde, und es in einigen Fällen zu schweren Niederlagen, einer größeren Zersplitterung und folglich zur Unfähigkeit, die Reallöhne zu verteidigen, gekommen ist. Auch wenn die Gesamttendenz sich allmählich zu ändern scheint, so deutet sich bisher noch nicht die Möglichkeit der Rückeroberung des Reallohns für die lateinamerikanische Arbeiterschaft an.

Diese Politik, die eine höhere Ausbeutungsrate des Proletariats anstrebt, um den Fall der Profitrate auszugleichen und die Kapitalakkumulation zu sichern, die die Lohnkosten senkt, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrecht zu erhalten⁽¹⁴⁾, diese Politik des Lohndrucks, die das gesamte Proletariat trifft, senkt den Lohn unter den Wert der Ware Arbeitskraft - nahe an das Existenzminimum -, so daß eine Situation der Überausbeutung geschaffen wird, die mittelfristig zu einer allgemeinen und niedrigeren Festlegung des Wertes der Arbeitskraft führt.

Dieser Mechanismus, der dem Kapital eine Profitorgie gewährleistet, besonders dem national und international assoziierten Monopolkapital, definiert die Verteilung des Sozialein-

kommens zugunsten der mehrwertschöpfenden Schichten neu und verschärft weiter die Kluft zwischen den beiden Marktsphären, was zu einer Absatzkrise auf dem Konsumgütersektor führt. Dieser Sektor ist zwar innerhalb der Industrie nicht sonderlich dynamisch noch deren Speerspitze, er nimmt in ihr jedoch eine breite Position ein.

Es ist offensichtlich, daß man in dieser Situation nicht einmal daran zu denken wagt, daß es zu einer Lohnerhöhung kommen könnte, die den Arbeitern einige langfristige Konsumgüter erschwinglich machen könnte. Diese bleiben den hohen Einkommensgruppen, deren Konsumptionsvermögen ihre eigenen Grenzen aufweisen; diese Grenzen erweisen sich als die zweite Akkumulationsbremse, diesmal für die dynamischen Sektoren. Die lateinamerikanischen Bourgeoisien suchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Alternativen zum einen, sowohl auf der "Ebene 3" der Nachfrage der Mittelklasse, die sich aus Technikern, Akademikern und der oberen Einkommensgruppe des Dienstleistungssektors zusammensetzt, die in der letzten Phase der kapitalistischen Entwicklung aufkommt. Im Exportbereich stoßen sie auf die Grenzen des Weltmarktes und der Staatshaushalt nimmt paradoxerweise in vielen Ländern ab, so daß die Lösungsansätze fragmentarisch, widersprüchlich zu sein scheinen und jedenfalls die Akkumulationshemmnisse nicht zu beseitigen vermögen. Der Lohndruck, der auferlegt wurde, um eine höhere Ausbeutungsrate zu erringen und so zu einem Hebel der kapitalistischen Akkumulation zu werden, verwandelt sich in sein Gegenteil, in ein Akkumulationshemmnis, das eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und letztlich eine Erhöhung des Elends der arbeitenden Massen zur Folge hat. Die kapitalistische Entwicklung stützt sich auf das Elend der Massen und schafft dabei mehr Elend.

Der Lohnabbau trifft nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch den größten Teil der sonstigen Lohnabhängigen, deren Gehälter im Verhältnis zum Arbeiterlohn festgesetzt werden.

Wir erleben seit über einem Jahrzehnt in Lateinamerika einen beschleunigten Prozeß der Verarmung der Arbeiterklasse und der sonstigen Lohnabhängigen in Stadt und Land. Dieser beeinflußt - zusammen mit der Lage der Reserverarmee-objektiv Wachstum und Größenordnung der Wohnungsproblematik.

C. Der versperrte Zugang zur angemessenen Wohnung

Die Mehrheit der Bevölkerung Lateinamerikas - Arbeitslose, Unterbeschäftigte und verarmte Arbeiter - sehen sich außerstande, eine adäquate Wohnung auf dem kapitalistischen Markt zu kaufen oder zu mieten, sei es nun im Rahmen des privaten oder des staatlichen Wohnungsbaus.

Sind sie einerseits Mitglied der Reservearmee, so haben sie keine regelmäßigen Einkünfte, so daß sie weder die Anzahlungen noch die Monatsraten bezahlen können; ohne einen ständigen Arbeitgeber bzw. "Garanten" einer ständigen Arbeit oder von Bankkrediten, sind sie weder für die Baufirmen noch für die Vermieter "kreditwürdig". Die Arbeiter hingegen können nichts von ihrem geringen Gehalt für eine Abzahlung oder Miete für eine adäquate Wohnung abzwacken, und sie verfügen nicht über die Ersparnisse, um die Anzahlungsquoten zu leisten, die von den Maklern oder vom Staat verlangt werden.

Andererseits finden sie auf dem Wohnungsmarkt nur ein teures und begrenztes Angebot an Wohnungen vor, Ausdruck der Produktionsbedingungen von Wohnungen in den abhängigen kapitalistischen Wirtschaften(15):

Die hohen Preise auf dem Wohnungsmarkt

Die hohen Preise auf dem Wohnungsmarkt kommen aus den folgenden Gründen zustande:

- a) Der Preis des nicht erschlossenen Grundstücks äußert sich in der kapitalisierten Grundrente, die sich der Besitzer aufgrund der monopolistischen Konzentration von städtischem Besitz aneignen kann. In Lateinamerika ist das brachliegende Land an den Stadträndern in wenigen Händen,

was einerseits die Besitzverhältnisse auf dem Lande widerspiegelt und andererseits aufgrund der so möglichen Kapitalanlage beziehungsweise wegen der Gewinnerwartungen im Falle einer Stadterweiterung. Die enorme Landkonzentration erlaubt die Erhebung von monopolistischen Grundrenten.

- b) Zwischenhändler investieren beim Verkauf des unerschlossenen Geländes Kapital und erwarten Profite. Diese Transaktionen sind selten, es mehrt sich die Praxis des Direktverkaufs an Wohnungsbaufirmen oder an den Staat, so daß diese Kosten nicht sichtbar werden, sie sind dennoch nicht minder vorhanden.
- c) Investitionen für die Erschließung des Grundstücks (Nivellierung, Aufteilung, Trassierung) in Maschinen, Material und Arbeitskräfte sowie die Profite aus diesem Kapital. Das Vordringen großer Firmen in diesen Arbeitsschritt führt allmählich zu einer Herausbildung eines Monopolpreises für die Grundstücksererschließung; das liegt wesentlich an der Höhe der erforderlichen Investitionen.
- d) "Wertsteigerung" des Landes durch die Erschließung, d.h. höhere Grundrenten aufgrund der verbesserten Verbindungen zur Stadt und der besseren Bebaubarkeit der Grundstücke, geschaffen durch die Kapitalinvestitionen. Wir finden hier auch aufgrund der unter a und c beschriebenen Vorgänge eine höhere Konzentration des Besitzes vor, sowie eine Verflechtung mit großen Baufirmen und eine Verdrängung von Kleinbesitzern nach den obengenannten Transaktionen.

Eine wichtige Rolle in dieser "Wertsteigerung" übernimmt der Staat bei der Erstellung der Infrastruktur: Straßen, Kanalisation, Licht und Wasser. Der Staat überläßt die neue Grundrente der erschließenden Institution oder dem Käufer und eignet sich einen Teil dessen unter der Bezeichnung Grundsteuer bzw. "Abschöpfung der Wertsteigerung" an. Die Baukosten für die Infrastruktur werden nur zum Teil den Käufern oder Immobilienfirmen berechnet, der Rest wird von der gesamten Bevölkerung über die Lohnsteuer und die sonstigen Steuern finanziert, die die "faux frais" tragen. In diesem Fall erfolgt eine negative

Umverteilung, da die Firmen eine "Subvention" erhalten, die den Lohnabhängigen, und in letzter Instanz den produktiv Arbeitenden abgezogen wird.

- f) Investitionen in den Vertrieb des erschlossenen Grundstücks und die entsprechenden Gewinne. Der hohe Preis der erschlossenen Grundstücke, der seine Erklärung in der Höhe der Grundrente und in der geringen Zahl der potentiellen Abnehmer findet, hat auch zu einer bemerkenswerten Zunahme der Vertriebskosten geführt. Die Werbung für den Verkauf kostet nicht nur die Produktionskosten, sondern sie enthält auch die Gewinne der im Kapitalismus monopolisierten Massenkommunikationsmittel: Kino, Radio, Fernsehen, Presse usw. So wird der kapitalistische Wohnungsbauprozess durch die Einbeziehung weiterer Sozialpartner "sozialisiert".
- g) Investitionen in den Wohnungsbau (Maschinen, Material, Arbeitskraft, Entwurf, Kontrolle und Verwaltung usw.) sowie die Gewinne daraus. Obwohl es weiterhin die Konkurrenz zwischen kleinen und großen Baufirmen gibt, ist der Konzentrationsprozeß einiger großer Baumonopole, die mit dem Finanzkapital zusammenhängen, unverkennbar. Insgesamt können wir feststellen, daß der Bereich aufgrund der niedrigen Lohnkosten technologisch weit zurückliegt und folglich eine niedrige Produktivität aufweist. Dies erhöht die Produktionskosten und verlängert den Produktionszyklus - Umlaufzeit des Kapitals (Zinsen) und begrenzt die Größenordnung der Produktion.

Es muß schließlich darauf hingewiesen werden, daß in den Erschließungs- und Baukosten die Gewinne der angegliederten Industrien enthalten sind. Es bestehen zwar nach wie vor wichtige handwerkliche Zweige der Baumaterialproduktion, die mit hohen Produktionskosten arbeiten. Die wichtigsten - die Produzenten von Stahl, Zement, Ziegeln, Glas, Farben, Sanitär- und Elektroartikeln - werden jedoch von nationalen oder ausländischen Firmen monopolisiert, die in der Lage sind, extreme Monopolbedingungen zu diktieren und sich enormer Gewinne zu bemächtigen.

- h) "Wertsteigerung" des Bodens aufgrund der erstellten Wohnung, d.h. Grundrenten aufgrund der Kapitalinvestitionen, die im Augenblick des Verkaufs realisiert werden.
- i) Vertriebskosten des gebauten Hauses und die entsprechenden Gewinne daraus. Dies entspricht dem Vertrieb des Grundstücks (s. Punkt f).
- j) Zinsen für das Finanzkapital - oder den Besitzer des Geldes - für die Gesamtinvestitionen während des gesamten Bauprozesses. Seit Beginn der 60er Jahre ist in Lateinamerika eine kontinuierliche Übernahme der Kontrolle über den Wohnungsbauprozess durch das Finanzkapital feststellbar, da aufgrund der Bauzeit und der Abzahlungsmodalitäten durch den Käufer eine sehr lange Umlaufzeit des Kapitals erforderlich ist. So sind die durch die lateinamerikanischen Staaten und die imperialistischen Agenturen getragenen Banken zu den großen Machtgruppen geworden, die nicht nur die Produktion mit Krediten stützen, sondern direkt in den Prozeß eingreifen und Gewinne abschöpfen. Die Hegemonie des Finanzkapitals bedingt ein allmähliches Verschwinden der kleinen Baufirmen und die Konzentration des produktiven Kapitals, eine Tendenz, die man gegenwärtig deutlich erkennen kann. (16)

Soweit zur Zusammensetzung des Preises der Wohnung. Diese Ware muß trotz ihres hohen Preises selbst von den Angehörigen der oberen Einkommensschichten in einer Abschreibungszeit von 10 bis 20 Jahren finanziert werden, die dem Finanzkapital weitere Zinsen von seiten der Käufer zukommen lassen. So erreicht der vom Käufer bezahlte Preis bis zum Zweifachen des nominalen Werts. Diese Situation hat sich inzwischen noch verschärft durch die Anhebung der Zinsen bei ständiger Geldentwertung bzw. durch die Modalitäten der Währungsangleichung (Brasilien, Paraguay, Kolumbien), die den nominellen Wert in geometrischer Weise vervielfachen.

Der staatliche Wohnungsbau bildet hier keine Ausnahme, da er - von den Subventionen einmal abgesehen - alle genannten Bestandteile in seinem Endpreis enthält, oft noch zuzüglich

der "Verwaltungskosten" bzw. der Zahlungen für die aufgeschwollene Bürokratie sowie die demagogische Propaganda, die die Aktivitäten dieser Institutionen begleitet.

Die Miete für die zu diesem Zweck auf dem Markt angebotenen Wohnungen ist eine andere Methode für die Hausbesitzer, die genannten Kosten einzuziehen, nur daß hierbei das Haus nie in den Besitz des Mieters übergeht; nach der endgültigen Abzahlung der Immobilien wird weiterhin die gleiche oder eine höhere Miete gezahlt, nur daß es sich jetzt um eine Grundrente handelt, da die Kapitalinvestitionen abgeschrieben worden sind. Man kann häufig beobachten, daß die Mieten in etwa den Ratenzahlungen entsprechen, nur mit dem Unterschied, daß der Mieter im Gegensatz zum Käufer wohl außerstande gewesen ist, die erforderliche Anzahlung zu leisten.

Die Masse der Arbeitslosen, Unterbeschäftigten und verarmten Arbeiter ist nicht in der Lage, diese Wohnungen zu kaufen oder zu mieten. Ihre hohen Preise sind bedingt durch:

- a) Die Akkumulation von Profiten der Produzenten von Materialien, der Erschließungs- und Baufirmen, der Kaufleute und Publizisten, die von den jeweiligen Besitzern angeeignete Grundrente, die von den Aktionären und dem Finanzkapital geforderten Zinsen und Dividenden. Es spielt dabei keine Rolle, ob sich diese verschiedenen Funktionen in einer Kapitaleinheit (Monopol) konzentrieren oder von verschiedenen Kapitalfraktionen ausgeübt werden.
- b) Die niedrige Produktivität auf dem Bausektor erklärt sich aus den spezifischen Charakteristika der Arbeit wie aus den sehr hohen Ausbeutungsraten der wenig qualifizierten Bauarbeiter. Im Bausektor ist die Ausbeutung höher, der Grad der gewerkschaftlichen Organisation geringer und der Druck durch die Reservearmee höher als in anderen Wirtschaftsbereichen.

So können sich lediglich 20 bis 40 % der Bevölkerung eine adäquate Wohnung mieten oder kaufen, sei sie nun vom Staat oder von Privatfirmen erstellt.

Das geringe Angebot an adäquaten Wohnungen

Für die kapitalistische Wohnungsbaufirma und selbst für den kleinen unabhängigen Bauherrn liegt der Sinn der Grundstückserschließung und des Hausbaus lediglich in der Wertsteigerung des Kapitals, d.h. die Investition muß mindestens die Durchschnittsprofitrate hergeben und außerdem die Grundrente für die Grundbesitzer begleichen.

Aufgrund der tiefen Kluft zwischen den beiden obengenannten Konsumsphären und aufgrund der Tatsache, daß nur die Mitglieder der oberen Sphäre (die Bezieher von Mehrwert) und ein Teil der "3. Absatzebene" (vgl. S. 118) die monatlichen Einkünfte haben, um die entsprechenden Abzahlungen zu leisten und für die Anzahlungssummen zu sparen; der private Bauunternehmer wird deshalb nur für diese Gruppe produzieren. Hinzu kommt die große Menge an erforderlichem Kapital und langsame Rücklaufzeit des investierten Kapitals - 10 bis 20 Jahre -, so daß der Kapitalbedarf für die Aufrechterhaltung der Wohnungsbauproduktion erheblich ist. Letztlich bietet der konzentrierte Grundbesitz des städtischen Bodens ein weiteres Hindernis - Verfügbarkeit über das Land und Höhe der Grundrente - dem freien Zufluß des Kapitals und dessen Sektor.

Der Staat wird seine Investitionen in den Immobilienbereich nicht nach den "Bedürfnissen" der Bevölkerung, sondern nach politischen Gesichtspunkten tätigen - Legitimation der politischen Macht des Staates oder Reaktion auf den Druck von unten im Klassenkampf - und abhängig machen von der Verfügbarkeit der Mittel nach Abzug der für die Kapitalakkumulation erforderlichen Investitionen (Straßenbau, Energie usw.) sowie der für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft erforderlichen Investitionen (Gesundheit, Erziehung usw.) und den Unkosten für die Ausübung der politischen Macht.

In einigen Ländern konnte festgestellt werden, daß die schwankende und begrenzte staatliche Wohnungsbauproduktion - erschwinglich für einen kleinen Teil der Mittelklasse und für die höheren Einkommensgruppen - nicht das Gesamtangebot an

adäquaten Wohnungen erhöht; sie füllt nur die vorher von Privatunternehmen eingenommenen Bereiche, die sich immer mehr auf den Bau von Luxuswohnungen für die großen Mehrwertbezieher beschränken. Wir konnten also feststellen, daß der Bau von adäquaten Wohnungen mit der Entwicklung der hohen Konsumsphäre Schritt hält, also mit den Gewinnen aus dem Kapital, und daß er je nach Stagnation oder Rezession der Kapitalakkumulation stagniert oder zurückgeht.

Die zyklische Entwicklung der Bautätigkeit reproduziert diejenige der kapitalistischen Akkumulation insgesamt; die Subsistenzformen verhalten sich hierzu im umgekehrten Verhältnis.

Den verarmten Arbeitern und den Mitgliedern der Reservearmee bleibt unter diesen Bedingungen keine Alternative zu den Mietskasernen und Taubenschlägen, wo sie einen beträchtlichen Teil ihrer Einkünfte für ein winziges, stinkendes und verfallenes Zimmer ausgeben müssen, wodurch sie noch mehr Erniedrigungen und Beleidigungen erdulden müssen; oder sie riskieren - oft unter Einsatz ihres Lebens - die Besetzung eines leerstehenden Grundstücks; oder aber sie vertrauen sich einem wucherischen und bestechlichen Grundbesitzer an, der an der "illegalen Parzellierung" verdient; dort werden sie dann in Selbsthilfe ihr Haus bauen, eine unhygienische, ungesunde, unsichere und aus Abfällen errichtete Hütte, Symbol und Ergebnis ihrer Ausbeutungsbedingungen durch das Kapital.

1.2. Die Charakteristika der Selbsthilfe

Gehen wir nun über zur Analyse der Charakteristika der Selbsthilfe, wie sie von den obdachlosen städtischen Massen spontan entwickelt wurden.

A. Die Aneignung des Grundstücks

Für diejenigen, die ihre Wohnbedürfnisse auf diese Weise lösen müssen, besteht das erste Problem in der Aneignung des "Grund und Bodens", unerläßlicher Hauptgegenstand für die Produktion des Wohn-Objekts.

Die Möglichkeit des Erwerbs eines fertig erschlossenen Grundstücks auf dem Markt, also eines planierten, mit Straßen, Kanalisation, Wasserleitungen und Lichtanschlüssen versehenen Grundstücks, kann sofort ausgeschlossen werden aufgrund der geringen, unregelmäßigen Einkünfte, die die Zahlung der Anzahlung und der Raten oder die Aufnahme eines Kredites unmöglich machen.

Eine geringe Anzahl von Wohnungssuchenden werden mit den staatlichen "site and services"-Programmen (Grundstücke mit Basisinfrastruktur) versorgt werden, die, wie wir später sehen werden, im großen und ganzen die gleichen Kosten und Gewinne enthalten, die die Grundstücke für die Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich machen.

So greifen sie auf das nicht erschlossene Bauland zurück. Das am Rand oder in den Freiflächen gelegene Bauland in den Städten Lateinamerikas ist zum größten Teil Privatbesitz von kleinen, mittleren und großen Grundbesitzern, die darauf warten, daß der Bodenwert aufgrund der Stadtentwicklung, der Infrastrukturtätigkeit des Staates, steigt. Ein beträchtlicher Teil gehört den großen Wohnungsbaugesellschaften als Reserveflächen. Vorherrschend ist allerdings der Großgrundbesitz als Ergebnis der Landkonzentration, die ihre Erklärung in der Geschichte Lateinamerikas findet, dann die großen Ländereien, die sich das Industrie- und Handelskapital in Krisenzeiten zugelegt hat - und das gerade in der jüngsten Zeit durch die großen Baufirmen aufgekaufte Reserveland. Nur ein geringer Teil der städtischen Fläche befindet sich im Staatsbesitz. Mexiko bildet hier eine Ausnahme, da hier ein Großteil der Ländereien an den Stadträndern genossenschaftlich organisiert ist, es ist also staatliches Land,

das den Genossenschaften zur Verfügung gestellt worden ist. Hierdurch ergeben sich besondere und sehr komplexe Situationen, wie wir später sehen werden. Der hier analysierten Bevölkerungsschicht sind die Teile des Brachlandes unzugänglich, die günstig zur Stadt liegen, eine für die Bebauung günstige Topographie und Bodenbeschaffenheit aufweisen, da diese für die "normale" Stadterweiterung vorbehalten sind.

Einige Städte Lateinamerikas (Cali/Kolumbien, San Salvador/El Salvador, usw.) liegen in fruchtbaren Landstrichen, und dieses Agrarland ist ebenso unzugänglich für die niedrigen Einkommensschichten, da der Bodenpreis hier noch die kapitalisierten Agrarerträge enthält. Einer Besetzung solcher Länder wird in der Regel auch mehr Widerstand geboten als denen ertragsärmerer Landstriche. Bei der Gelegenheit sollte erwähnt werden, daß die Erschließung dieser Landstücke aufgrund der physischen Eigenschaften mehr Unkosten verursacht.

Es bleiben den Armen nur die Restflächen: ungünstig gelegen, aufgrund der Steilhänge, der Erdbeben oder der Überschwemmungen schlecht bebaubar, ohne Infrastruktur und oft mit fragwürdigen Eigentumsnachweisen, da sie von "illegalen Erschließungsunternehmern" (urbanizadores o fraccionadores) verkauft werden. In Wirklichkeit ist die "Illegalität" dieser Siedlungsweise nur scheinbar, da der Besitzer nach dem Gesetz über sein Eigentum frei verfügen kann. Die Illegalität bezieht sich nur auf die örtlichen Baugesetzgebungen, die geringeres Gewicht haben als das Recht auf Privateigentum. Deshalb werden auch die sogenannten "illegalen Erschließungsunternehmer" selten rechtlich belangt. Oft werden diese Erschließungsmaßnahmen von großen, den Monopolen angegliederten Unternehmen zu Ende geführt; durch ihr Engagement auf diesem Sektor können sie die Grundrente aus den von ihnen kontrollierten Gebieten maximieren, da der Bevölkerungsdruck eine Eingliederung dieser ungünstigen Landstücke in den Baulandmarkt ermöglicht und so ein gleichwertiger Anstieg der Bodenpreise erreicht wird.

In der Regel wird der "illegale Erschließungsunternehmer" kein Kapital in das zukünftige Bauland investieren, sondern sich auf eine Markierung der Grundstücke beschränken, so daß der Nominalpreis des Grundstücks sich fast ausschließlich aus der absoluten Grundrente und nur zum Teil aus Differential- und Baustellenrenten zusammensetzt. Der Preis des Grundstücks ist trotz der Vorteile, die der Verkäufer aus der Stadtentwicklung zieht, für die Obdachlosen dennoch günstig, da es weder Produktionskosten noch die sonstigen Kosten der Grundstücke auf dem "freien" Markt enthält. Der "illegale Erschließungsunternehmer" bietet meistens auch günstigere Zahlungsbedingungen als die Banken, deren Finanzierungsmodelle ein objektives und psychologisches Hemmnis bilden. Diese Vorteile wenden sich jedoch später gegen den Käufer, da sie meistens keine gültige Besitzurkunde erhalten. Abgesehen von der daraus resultierenden Rechtsunsicherheit führt das Fehlen von Besitzurkunden und die Tatsache, daß diese Grundstücke nicht als Bauland ausgewiesen worden sind dazu, daß der Staat die Erstellung von Infrastruktur verweigert, dies führt zu einer Verzögerung in der Zahlung der Raten, zur Vertreibung der Siedler, und der Verlust der bis dahin bezahlten Raten wie auch der bereits investierten Arbeit in das Gelände. Die Legalisierung des Grundstücks als Baugrund ist in jedem Fall mit erheblichen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Staat verbunden. In einigen Städten Lateinamerikas ist es üblich geworden, Teile von Grundstücken in den Randsiedlungen zu vermieten (die "verlorenen Städte" in Mexiko); in diesen Fällen bauen die Mieter ihre Hütten auf fremden Boden und zahlen Miete, und im Falle eines Umzuges müssen sie ihre Hütte mitnehmen oder stehenlassen und sie dem Besitzer überlassen.

In den mexikanischen Genossenschaften (ejidos), in denen der Staat der legale Besitzer des Landes ist, hat sich eine besondere Art der "illegalen Erschließung" entwickelt: die Genossenschafter, die das Land weder vermieten noch verkaufen dürfen, überlassen es den Siedlern für einen gewissen Betrag; hinzu kommen die "Zuwendungen", die den örtlichen Politikern und der Polizei für die Duldung des Vorganges

überlassen werden müssen. In diesen Fällen verfügen die Siedler über gar keinen Besitznachweis, so daß sie bei der späteren Legalisierung des Baulandes (notwendig zur langfristigen Sicherung des Eigentums und der Investitionen sowie der Durchsetzung von Infrastrukturmaßnahmen) den Preis des Grundstückes noch einmal an den Staat bezahlen müssen, oft unter Berücksichtigung der durch die Bearbeitung erfolgten Wertsteigerung. Angesichts des hohen Anteils an genossenschaftlich organisiertem Land in der Umgebung von Mexiko-Stadt und anderer Großstädte, hat diese Art des Landerwerbs eine große Bedeutung. Es wird nicht nur von den hier analysierten unteren Einkommensschichten wahrgenommen, sondern auch von Angehörigen der höheren Schichten, die sich dieser Methode bedienen, um an Bauland heranzukommen.

Ein Teil der Reservearmee und der Arbeiterklasse verfügen jedoch nicht einmal über die Mittel, um Mieten, Anzahlungen oder Zuwendungen zu finanzieren, um an ein illegales Grundstück zu kommen. Ihnen bleibt nur die *Landbesetzung*. Diese Form der Aneignung von Bauland nimmt seit Beginn der beschleunigten Stadtentwicklung einen wichtigen Stellenwert ein, obwohl sie stets mit den heftigsten Reaktionen von Seiten der lateinamerikanischen Regime rechnen mußten.

Die Landbesetzungen erfolgten meistens auf städtischen Restflächen, entweder in individueller Form oder in kollektiver Form, wobei zu unterscheiden ist zwischen der spontanen Besetzung und der von politischen oder sonstigen Gruppen organisierten. Oft werden sie auch von professionellen Besetzern organisiert, die von den Betroffenen für die "technische" oder "rechtliche" Beratung Geld verlangen.

Die Möglichkeit, das besetzte Land zu halten, wird durch das Zusammenspiel von drei Bedingungen gegeben:

- a) Das Stück Land sollte möglichst ungeeignet für die kommerzielle Erschließung sein (sumpfiges oder steiles Land, auf dem die Bebauung schwierig und teuer ist), so daß das Interesse der Besitzer und des Staates an der Besitzstandswahrung gering ist.

Die Besetzung von bereits erschlossenem Bauland hat eine schnelle Reaktion der Besitzer und des staatlichen Machtapparates zur Folge. Die Restflächen staatlicher Gelände (die Ränder von Landstraßen und Bahnlinien, Flußufer, usw.) bieten in gewissen politischen Konjunkturen einige Möglichkeiten der Besetzung aufgrund ihres öffentlichen Charakters.

- b) Aus dem Zusammenhalt der Besetzergruppen ergibt sich ihre Widerstandskraft. Der Zusammenhalt entsteht meist spontan aus der Gemeinsamkeit der Interessen der Besetzer, oder bei der Mitwirkung auswärtiger Kräfte, durch politische Gruppen, die nicht immer links stehen. Die Erfahrung zeigt, daß dieses spontane oder aufgesetzte "kollektive Bewußtsein" mit der Konsolidierung des Landbesitzes und deren ideologischen Folgeerscheinungen zu schwinden beginnt, oder aber durch Zerwürfnisse unter den Siedlern, oder durch Repression bzw. eingesickerte Kontrolle durch den Staat, was dann oft zur Vertreibung der auswärtigen Helfer führen kann. Die Möglichkeiten des Verbleibs sind eng gebunden an das Bestehen eines kollektiven Zusammenhalts, und die lateinamerikanischen Erfahrungen lehren, daß jene Gruppe am besten die staatliche Repression und die Verhandlungen zum Verbleib überstehen, die einen engen Zusammenhalt haben.

Dieser Zusammenhalt kann bereits vor der Besetzung bestehen oder während der Besetzung durch die äußeren Angriffe geschaffen werden.

- c) Über den Charakter des Staatseingriffs.
Der Staat muß neben seiner Eigenschaft als Garant des Privatbesitzes an Grund und Boden seine Aktivitäten mit der jeweiligen politischen Konjunktur in Übereinstimmung bringen. Wie wir später sehen werden, muß der Staat in einer gewissen Konjunktur des Klassenkampfes, die für die Massen günstig ist, unter Legitimationszwang oder bei einem Ausufern der sozialen Schwierigkeiten die grundlegenden Prinzipien der Besitzstandswahrung des Privateigentums fallen lassen und Landbesetzungen ak-

zeptieren und die Besitzer entschädigen. Wie in Lima oder Guayaquil geschehen, übernimmt der Staat es, die Besetzer auf wertloses oder kommerziell nicht bebaubares Land umzulenken, so daß seine demagogischen Interessen ohne Benachteiligung der Besitzer erreicht werden. Die jüngste Geschichte Lateinamerikas zeigt viele Fälle der Konsolidierung der Landbesetzungen aufgrund der Kampfkraft der Besetzer und der relativen Nachsicht des Staates, wie auch Beispiele von blutigen Niederschlagungen von Besetzungen durch die Repressionsorgane des Staates.

Die Aktionen der Besetzer bewegen sich nicht im Rahmen der bürgerlichen Legalität und führen, sofern sie toleriert werden, zu einem juristisch nicht abgesicherten Grundbesitz. So befinden sich die Besetzer in einer permanenten Situation der Unsicherheit. Sobald die Bedürfnisse nach Infrastruktur sie in Verhandlungen mit dem Staat kommen lassen, führen die Legalisierungsformalitäten fast unweigerlich zu Zahlungsverpflichtungen, die nicht nur den Preis des besetzten Bodens umfassen, sondern auch Grundrenten aus der eigenen, in den Boden gesteckten Arbeit.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß sich neben dieser mühsamen und gefährlichen Art der Aneignung von Land durch die Obdachlosen auch ein Sektor beruflicher Besetzer bzw. Besetzungsunternehmer entwickelt hat, die mit gezahlten Kräften Land besetzen, um sich die Gewinne der kollektiven Arbeit anzueignen.

B. Der Wohnungsbau

Sobald ein Stück Land zur Verfügung steht (auch wenn es rechtlich nicht abgesichert ist), beginnt der Wohnungsbau in Selbsthilfe⁽¹⁷⁾. Im allgemeinen prägen folgende Arbeitsbedingungen den Prozeß der Selbsthilfe im Wohnungsbau:

a) Die Materialien.

Nachdem das Grundstück notdürftig gereinigt und planiert worden ist, wird der Siedler mit seinem Werk beginnen. Seine Baumaterialien bestehen aus Abfällen (Materialien, die ihren ursprünglichen Gebrauchs- und Tauschwert verloren haben), denen der Siedler durch seine Arbeit neuen Wert geben wird, dann aus in der Natur vorgefundenen Stoffen und aus einer begrenzten Anzahl von Baumaterialien, die er auf dem Markt erhält. In der Regel werden hauptsächlich Abfälle und Rohstoffe verwendet, die vom Siedler einen erheblich höheren Arbeitsaufwand abverlangen als die industriell gefertigten Baumaterialien; für den Eigenbauer ist diese Tatsache nicht erkennbar, da für ihn nicht die Kosten der Arbeitszeit, sondern nur die monetären Kosten der Materialien zählen, wie wir später sehen werden. In vielen Städten hat sich aufgrund der Größenordnung der Selbsthilfemaßnahmen ein Markt für Abfälle entwickelt - gebrauchte Ziegel, Pappe, Blech, Teerpappe zweiter Wahl, Hölzer, usw. -; ebenso ist ein Netz von Händlern entstanden, die vom Verkauf von "neuen" Materialien in kleinen Mengen an die Eigenbauer leben. Diese Vermarktung von gebrauchten Materialien sowie der relativ hohe Preis der neuen tragen zur Herausbildung des wahren Charakters der selbsterrichteten Hütte bei. Diese Preise belasten die Subsistenz der Familien erheblich, so daß viele Familien zur Erhaltung des Mindestkonsums zum Diebstahl der Materialien gezwungen sind.

Die Qualität und der Gebrauchswert der Materialien steht in keinem Verhältnis zu dem hohen Arbeitsaufwand der Beschaffung und Aufarbeitung.

b) Die Arbeitsmittel

Die verwendeten Werkzeuge sind begrenzt und rudimentär: Hacken, Schaufeln, Hämmer, usw. - die traditionellen Werkzeuge, mit denen seit Jahrhunderten gebaut wird. Komplexere, neuzeitliche Arbeitsmittel finden keine Anwendung. Die Auswahl der Werkzeuge wird durch die hand-

werklichen und finanziellen Möglichkeiten des Bauenden geprägt. Der individuelle und familiäre Charakter des Arbeitsprozesses schließt die Anwendung komplexer Arbeitsmittel aus.

c) Die produktive Arbeit

Die produktive Arbeit wird fast ausschließlich vom Siedler und seiner Familie geleistet, gelegentlich wird er mit der Hilfe der Nachbarn rechnen können, und bei komplizierten Arbeitsschritten (z.B. Installationen) wird er einen bezahlten Arbeiter beschäftigen; d.h. der Arbeitsprozeß setzt sich hauptsächlich aus der eigenen produktiven Arbeit zusammen und enthält nur einen geringen Anteil Lohnarbeit. Wenn er nicht gerade Bauarbeiter ist, dann fehlt ihm die Qualifikation für Bautätigkeiten, was zusammen mit den schlechten Baumaterialien und den rudimentären Arbeitsmitteln insgesamt zu einer geringen Produktivität der Arbeit führt. Seit Jahrhunderten werden so die gleichen Arbeitsprozesse wiederholt. Sie wurden entweder in ihren ländlichen Heimatorten oder notgedrungen während des Bauprozesses selbst erlernt, so daß eine jahrhundertalte Stagnation der Produktivkräfte aufrechterhalten wird, die in einem prägnanten Gegensatz zu den mehr oder weniger fortschrittlichen Bautechnologien des kapitalistischen Wohnungsbaus stehen.

Der Bauvorgang zieht sich über Monate und Jahre hin und dauert manchmal ewig, ein Ergebnis der geringen zur Verfügung stehenden Arbeitszeit, da sie als Verlängerung des normalen Arbeitstages nach Feierabend oder an Wochenenden geleistet werden muß; hinzu kommen die geringen Mittel zur Beschaffung von Baumaterialien und die bereits erwähnte niedrige Produktivität der Arbeit. Diese Verbesserung der Wohnverhältnisse, die von technokratischen Funktionären und bürgerlichen Wissenschaftlern wie Turner so sehr bewundert wird⁽¹⁸⁾, ist nicht etwa Ursache oder Wirkung einer angeblichen sozialen Mobilität, sondern Ausdruck der - in langen Jahren aufwendiger Kleinarbeit - mühsam angesammelten

Arbeitsstunden und Investitionen aus dem Subsistenzfond. Nach Abschluß des Bauvorganges ist der Siedler vielleicht in der gleichen, einer besseren oder schlechteren sozialen Lage, aber nicht wegen seines selbsterrichteten Hauses sondern wegen seiner Lage auf dem Arbeitsmarkt. Dadurch, daß der Bauvorgang sehr lange dauert und die Baustelle als Wohnung benutzt wird (um die Miete zu sparen), erfolgt während der Errichtung bereits eine Abnutzung der Wohnung: eine Überwindung des provisorischen, ungesunden Zustands der Wohnung erscheint deshalb fast aussichtslos.

Die in den Bau investierte Arbeitskraft erscheint dem Siedler, der sowieso schon durch Arbeitslosigkeit oder niedrige Löhne gestraft wird, nicht als eine Verlängerung seines Arbeitstages oder als Kostenfaktor; sie erscheint vielmehr als eine Ersparnis, aber das ist auch nur eine Vorspiegelung. Manchmal treibt die Notwendigkeit zu überleben den Eigenbauer dazu, aus örtlichen Materialien geniale Baukonstruktionen zu entwickeln - die wunderbaren Bambusstrukturen der mörderischen Elendsviertel von Manizales/Kolumbien, oder die Holzarbeiten in den sumpfigen Vierteln von Guayaquil/Ecuador -, so daß die Subsistenzformen mystifiziert werden und der Rückstand der Produktivkräfte, der sich in ihnen widerspiegelt, als Lösung der Wohnungsfrage idealisiert wird. Die Erhaltung der "nationalen", "örtlichen" und "volksnahen" Baumethoden wird gerne von diesem Kleinbürgertum beschworen, das in seinem Bestreben "sich mit dem Volke zu vereinigen", die Subsistenzformen, die der abhängige Kapitalismus einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung aufdrückt, idealisiert und zu verewigen trachtet.

d) Das Produkt - die Wohnung

Das Endprodukt der Selbsthilfetätigkeit enthält einen Widerspruch: einerseits ist der Gebrauchswert sehr gering, andererseits ist der Wert sehr hoch.

Schmal, ohne Ventilation und ohne Beleuchtung, ohne Sanitäreinrichtungen, wackelig gebaut und das Opfer von Regenfällen und Erdbeben, kaum vor den Wetterschwankungen geschützt und an ungesunden Stellen gebaut, ist diese Wohnung weit davon entfernt, die Bedürfnisse einer Familie in dem Zeitalter der Entfaltung des Kapitalismus und seiner modernen Produktivkräfte zu befriedigen. Andererseits hat die Wohnung - aufgrund der veralteten Produktivkräfte, die bei ihrer Erstellung benutzt wurden - einen sehr hohen Wert (nicht zu verwechseln mit Preis), der der niedrigen Produktivität der investierten Arbeit und der Menge der in ihr gewonnenen Arbeitskraft entspricht. Dieser Wert ist höher als der einer Wohnung, die unter durchschnittlichen gesellschaftlichen Bedingungen gebaut würde und oft auch höher als der Wert einer von der modernen kapitalistischen Bauindustrie erstellten Wohnung: die in Selbsthilfe erstellte Wohnung verbraucht einen weitaus höheren Anteil an lebendiger Arbeitskraft als den gesellschaftlich notwendigen Durchschnitt, so daß man die Selbsthilfe als eine Vergeudung von gesellschaftlicher Arbeit sehen muß. Wenn die Selbsthilfe einer Mehrheit der Stadtbevölkerung durch die Bedingungen der Entwicklung des abhängigen Kapitalismus auferlegt wird, so können wir feststellen, daß hier eine enorme Verschwendung von menschlicher Arbeit betrieben wird, die den Opfern selbst aufgehalst wird. Das ist ein Grund dafür, daß die Verschwendung die Bourgeoisie und den Staat nicht beunruhigt, sondern im Gegenteil noch erfreut. Wir werden sehen weshalb noch.

e) Der Handel mit selbsterstellten Wohnungen

Die selbsterstellte Wohnung enthält ein weiteres Paradoxon: sie ist unter nicht-kapitalistischen Bedingungen von ihren eigenen Nutzern - und zwar nicht mit dem Ziel verkauft zu werden - erstellt worden. Trotzdem ist sie ein schlummernder Bestandteil der Warenwelt, hat einen Marktwert und sobald der Besitzer sie zum Verkauf anbietet, erhält sie die glänzenden Eigenschaften einer Ware. Wir meinen, daß es sich um einen erkennbaren Widerspruch han-

delt, da die selbsterrichtete Wohnung eine Kristallisierung von Werten ist. Sie ist ein Produkt menschlicher Arbeit, und der Kapitalismus weist jedem Produkt menschlicher Arbeit (und selbst vielen, die es nicht sind wie Land, Wasser Luft, usw.) einen Preis zu; im übrigen hätte die in den Bau investierte Arbeitskraft einen Preis, wenn sie an einen kapitalistischen Käufer veräußert würde, so daß wir auch die Kosten dieser Arbeitszeit berechnen können. Andererseits schließt diese Wohnung auch Waren ein wie Baumaterialien oder deren Surrogate, deren Preise berechenbar sind. Das Haus steht auf einem Grundstück, das zwar kein Ergebnis menschlicher Arbeit ist, dafür ist aber die Herrichtung des Grundstücks evaluierbar.

Die selbsterrichteten Häuser werden in der Tat auf dem Markt gehandelt, in vielen Städten Lateinamerikas entwickelt sich ein aktiver Wohnungsmarkt diesen Typs. Andererseits hat die große Wohnungsnachfrage und die schwierige Wirtschaftslage der Haus"besitzer" dazu geführt, daß viele einen Teil ihrer Häuser an andere Obdachlose vermieten. So verwandeln sie sich in Nutznießer, die Mitgliedern der eigenen Klasse einen Teil der Einkünfte abverlangen, so daß sekundäre Widersprüche zwischen "Besitzern" und Mietern entstehen. Diese Widersprüche treten besonders stark in Erscheinung, wenn der Staat Sanierungen durchführt, die den Interessen der Besitzer durch den Kauf von Haus und Land entgegenkommen können, die aber die Mieter entschädigungslos auf die Straße setzen.

Einige "Theoretiker", unter ihnen Turner, glauben aus der Tatsache, daß selbsterstellte Häuser einen Preis haben und auf dem Markt verkauft werden können, ableiten zu können, daß es sich bei den Häusern um Kapital handelt, daß das Ergebnis der durch den Erbauer durchgeführten "Kapitalisierung" ist. Zweifellos verwechseln sie den Besitz irgendeines Gutes mit dem von *Kapital* - im strikten Sinne des Wortes - und sie verstehen nicht, daß der Eigenproduzent sein Haus dann verkauft, wenn er Geld für irgendwelche dringenden Ausgaben braucht, oder wenn er

ein besseres Haus erwerben will, aber nie, um einen neuen Vorgang der Produktion und der Wertschöpfung einzuleiten. Und noch etwas vergessen sie: das selbsterrichtete Haus wird auf dem Markt Häusern gegenübergestellt, die unter anderen Produktionsbedingungen entstanden sind; die Marktpreise werden bei dieser Gegenüberstellung zum Nachteil des selbsterstellten Hauses festgelegt, das trotz seines höheren Anteils an geronnener menschlicher Arbeitskraft mit anderen, minderwertigeren gleichgesetzt wird, so daß es zu einem Preis verkauft wird, der unter seinem realen Wert liegt. Unter diesen Umständen verliert der Verkäufer einer selbsterstellten Wohnung einen Teil der in den Bau gesteckten Arbeitszeit. So sehen wir, daß das glänzende "Kapital" von Turner, im Gegensatz zu jedem anerkannten Kapital, geschrumpfter aus dem Markt hervorkommt als es eingebracht wurde, so wie ein billiger Stoff im Sommerregen.

C. Die Erschließung des Grundstücks und die Infrastrukturversorgung

Wir haben bisher nicht über die Erschließung des Grundstücks gesprochen. Ein Teil ergibt sich simultan mit dem Bau des Hauses, aber das Grundlegende wird Jahre auf sich warten lassen oder es bedarf eines anderen Trägers: des Staates.

Der Beitrag des Eigenproduzenten besteht im wesentlichen in der mehr oder minder flüchtigen Nivellierung des Grundstücks, seiner Trockenlegung oder Auffüllung, einer gewissen Befestigung der Zufahrt und anderer Nebenaufgaben. Dieser begrenzte Vorgang wird ähnliche Charakteristika haben wie der des Wohnungsbaus und er wird ähnliche Ergebnisse bringen im bezug auf Arbeitsaufwand und Kosten. Ein deutliches Beispiel sind die Vororte von Guayaquil, die auf den Sümpfen des Guayas-Flusses errichtet worden sind, deren Auffüllung langfristig teuer kommt als der Kauf eines fertig erschlossenen Grundstücks in einem normalen Wohnviertel. Die technischen Infrastrukturen (Wasser, Kanalisation, Licht und Straßen) können vom Eigenproduzenten aufgrund der Größenordnungen der

Investitionen nicht geleistet werden, und außerdem kontrolliert der Staat die Infrastruktursysteme. Das zwingt die Siedler der "illegalen Siedlungen" und der besetzten Stadtteile, gemeinsam Druck auf die örtlichen Behörden auszuüben, was, nach vielen Mobilisierungen, Streiks und Polizeieinsätzen, meistens zu einem widersprüchlichen Ergebnis führt: die Verwaltung verlangt, daß zur Erfüllung der Forderungen erst einmal der Besitz legalisiert werden muß. Nach zahlreichen Entschädigungszahlungen und Bestechungen stehen dann die glücklichen neuen Grundbesitzer auf den Listen der Grundsteuerpflichtigen. Dann führt der Staat die Arbeiten durch, oft unter Einbeziehung der "Gemeinschaftsarbeit" der Siedler und setzt dann die Abzahlungsraten fest. Er kassiert, wie etwa in Kolumbien, eine Wertsteigerungssteuer und fortan stehen die Siedler auf den Nutzerlisten der Stadtwerke und erhalten die entsprechenden Rechnungen.

Off ist der Gestank, die Dunkelheit, die langen Wege zur Wasserstelle erträglicher für die Bewohner als die hohen Kosten der Installationen und deren Betrieb.

Übrigens versucht der Staat die Infrastrukturarbeiten in der Regel von den Siedlern selbst machen zu lassen, und zwar durch Mechanismen wie "acción comunal" (gemeinschaftliche Aktion), "esfuerzo propio" (eigene Anstrengungen), "desarrollo comunitario" (Gemeinschaftsentwicklung) oder die "ejercicios de trabajo" (Arbeitsheere). Diese zusätzliche Verlängerung des normalen Arbeitstages erspart dem Staat Ausgaben, die er dann mit vollen Händen in die kostenlosen oder subventionierten Infrastrukturleistungen der bürgerlichen Viertel, der Industrie- und Handelszonen ausgeben kann. So entsteht auch in bezug auf die Steuereinnahmen und deren Verwendung durch den Staat eine neue Art der Konzentration der sozialen Einnahmen.

Ist erst einmal der Stadtteil erschlossen und die Eigentumsfrage aktenkundig, so sind Grundstück und Haus fertig für die Aufnahme in den Immobilienmarkt, und schon bald ist der Druck zu spüren, der vom Immobilienkapital oder vom Staat

selbst mittels seiner "Sanierungs-Pläne" ausgeht. Oft treibt schon der Erschließungsvorgang viele Bewohner in die Zahlungsunfähigkeit und zwingt sie andernorts mit dem Zyklus neu zu beginnen. Die Ursache liegt in der "Wertsteigerung" des Landes aufgrund der produktiven Arbeit der Besetzer oder Siedler. Mit der Aneignung und Selbsterschließung des Grundstücks, des Hausbaus in Selbsthilfe und der Erkämpfung der Infrastruktur, ist die Grundrente ihres Bodens auf ein Niveau angestiegen, das der der "normal" bebauten oder bebaubaren Fläche der Stadt entspricht. Durch diese Aufwertung des Baulandes ist nicht nur den örtlichen Großgrundbesitzern ein guter Dienst geleistet worden, sondern es ist nun auch ein interessantes Anlagefeld für Immobilienhändler geworden. Der Zyklus schließt sich damit, daß viele an einem anderen, ungastlicheren, vom Arbeitsplatz noch entfernteren und noch schwieriger zu bebauenden Ort einen neuen Anfang versuchen. Sie hinterlassen den Unternehmern einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeitszeit, den durch sie geschaffenen Wert als Geschenk, wenn sie oft unter Zwang ihre Häuser und die erschlossenen Grundstücke unter ihrem *realen* Wert verkaufen müssen.

D. Die Ideologie der Selbsthilfe

Die Mehrheit derjenigen, die sich ihre Häuser in den Städten selber bauen, sind erst vor kurzem vom Lande gekommen; in einigen Fällen waren es die Eltern oder Großeltern, die bereits in die Städte migriert sind. Für sie war der Besitz oder der Kampf um das Eigentum ein "Grundbedürfnis", ein wesentliches Element ihrer Ideologie, die sie in Jahrhunderten ländlichen Lebens tief geprägt hat. Durch den Wechsel in die städtischen Arbeitsbereiche wird dieses Weltbild in Frage gestellt, da sie nicht mehr über die Produktionsmittel und über ihre Arbeitskraft verfügen können; gleichzeitig wird allerdings die Ideologie des Privateigentums massiv reproduziert, sei es nun durch die kommerziellen Medien oder die sonstigen Träger der Bewußtseinsindustrie, deren Aufgabe es ja ist, die herrschenden sozialen Beziehungen gesellschaftlich zu legitimieren. Für diejenigen, die sich durch

die Ausübung von "freien" (d.h. ohne Chef) Berufen am Leben erhalten, kommen die Widersprüche zwischen der Ideologie und den Produktions- und Ausbeutungsverhältnissen nicht zum Tragen; ihre Tätigkeiten führen sogar zur Entfaltung der Fiktionen der "Freiheit", der "Eigeninitiative" und daß sie ihre "eigenen Herren" sind, was durch das tägliche Hantieren mit den "eigenen Waren" noch verstärkt wird. Wenn auch die Bedingungen von Ausbeutung und Elend in der Bevölkerung das Mißtrauen und die Ressentiments gegenüber den "Reichen" hervorbringen, so bleibt das doch unterschwellig gegenüber der Entfaltung der Ideologie des Privateigentums an Gegenständen, besonders der Wohnung und des Landes, eine Tendenz, die sich in ihrer kleinbäuerliche Vergangenheit einfügt.

Die Ideologie der Notwendigkeit des Eigentums an Boden und Haus wird objektiv und subjektiv gefördert und zum Teil hervorgerufen durch die Art und Weise, in der das Wohnproblem gelöst wird. In der ersten Phase erscheint der Landbesitz als die einzige Möglichkeit zur Lösung dieses Grundbedürfnisses; hat erst einmal der Hausbau begonnen, dann wird die Angst, alles zu verlieren, so lange wie ein Alptraum auf dem Siedler lasten, bis er den Besitz rechtlich abgesichert hat; die Legalisierung des Grundbesitzes wird die Vorbedingung sein, um überhaupt die Infrastruktur zu bekommen; kurz, alles hängt vom Privatbesitz an Grund und Boden ab. Um seinen persönlichen Kleinbesitz zu bekommen, wird der Siedler nicht vor dem Kampf gegen den Großgrundbesitz zurückschrecken. Schließlich wird auch die "Kapitalisierung" seiner Arbeit und ihre mögliche Verwandlung in Geld von dem Eigentumstitel abhängen.

Seine Selbsthilfetätigkeit im Wohnungsbau wird er in der Regel alleine oder mit seiner Familie durchführen, in *seiner* Freizeit, mit *seinem* Werkzeug und *seinen* Fähigkeiten, alles hängt von seiner Initiative und seinen persönlichen Möglichkeiten ab, kurz: von *seiner Individualität*. Im Gegensatz dazu steht die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Siedler zur Erhaltung des Ganzen, allerdings nur bis zur Legalisierung des Besitzes.

Angesichts der Tausende, die wie er in Selbsthilfe bauen müssen, deren Einkünfte nicht für den Kauf oder die Miete einer Wohnung ausreichen, gelangt er zu der Überzeugung, daß der Selbsthilfeprozeß für ihn unumgänglich ist, daß er ein Teil seiner sozialen Lage und seiner realen Existenz ist. Daher ist es durchaus verständlich, daß er nicht dagegen kämpft, sein Haus selber bauen zu müssen, sondern sich dafür einsetzt. Das "Recht auf Selbsthilfe" wird zu seiner Hauptforderung, er wird mit Vergnügen die Unumgänglichkeit seiner Tätigkeiten akzeptieren und in sie all seine Hoffnungen stecken, und er wird dem Kampf den Rücken kehren, der eine grundlegende Veränderung anstrebt.

Für ihn wird die "Regierung" zum Gegner und wichtigsten "Wohltäter" zugleich. Sie wird zum Gegner, da er der Regierung gegenüber die Legalisierung und Versorgung des Grundstücks erkämpfen muß. Sie wird zum "Wohltäter", da nur die Regierung das Land legalisieren kann und Straßen, Wasserleitungen, Kanalisation, Transport, usw. verteilt. So wird der Siedler zu einem mühelosen Opfer der Demagogie und der Manipulation, mühelos, weil es nur einen möglichen "Wohltäter" gibt.

Ist erst einmal die Legalisierung und die Versorgung mit Dienstleistungen erfolgt, dann wird der gemeinsame Kampf überflüssig, und mit der unterschiedlichen Entwicklung des Hauses und der Subsistenz blüht die Ideologie der Individualität und die Praxis der Verteidigung des nunmehr erworbenen Privateigentums. Unzählige Beispiele zeigen uns, daß, wenn erst einmal die Phase des Kampfes um Eigentum und Dienstleistungen vorbei ist, das kollektive Bewußtsein verschwindet und sich die Individualität und der Konformismus durchsetzen. Oft werden dann jene linken Organisationen abgelehnt oder gar herausgeworfen, die in der Phase des Kampfes als Stütze akzeptiert oder als Organisatoren anerkannt wurden.

Die Charakteristika der Selbsthilfe sind die objektive Grundlage für die Entwicklung einer kleinbürgerlichen Ideologie, die auf der bäuerlichen Herkunft der Betroffenen aufbaut.

Diese Tatsachen haben eine unendliche Anzahl von unermüden Kämpfern für die Sache der Armen zu einer leichten Beute populistischer und kleinbürgerlicher Ideologien gemacht, oder, was noch schlimmer ist, sie wurden die gefügige Beute derjenigen politischen Regime, die diese Politik als Grundlage der Legitimierung benutzen.

2. Selbsthilfe und Ausbeutung der Arbeitskraft

2.1. Wohnung, Wert der Arbeitskraft und Arbeiterlohn

Marx schreibt: "Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels *notwendigen Arbeitszeit*. Soweit sie Wert produziert, repräsentiert die Arbeitskraft selbst nur ein bestimmtes Quantum der in ihr *vergegenständlichten* gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit. Die Arbeitskraft existiert nur als Anlage des lebendigen Individuums. Ihre Produktion setzt also seine Existenz voraus. Ist die Existenz des Individuums gegeben, so besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eigenen Reproduktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der *Wert der Arbeitskraft* ist der *Wert, der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel*. Die Arbeitskraft verwirklicht sich jedoch nur durch ihre Äußerung, betätigt sich nur in der Arbeit. Durch ihre Betätigung, die Arbeit, wird aber ein bestimmtes Quantum von menschlichen Muskeln, Nerv, Hirn usw. verausgabt, das wieder ersetzt werden muß. Diese vermehrte Ausgabe bedingt eine vermehrte Einnahme. Wenn der Eigentümer der Arbeitskraft heute gearbeitet hat, muß er denselben Prozeß morgen unter denselben Bedingungen von Kraft und Gesundheit wiederholen können. Die Summe der Lebensmittel muß also hinreichen, das arbeitende Individuum als arbeitendes Individuum in seinem normalen Lebenszustand zu erhalten. Die natürlichen Bedürfnisse

selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw., sind verschieden je nach den klimatischen und andren natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andererseits ist der *Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse*, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein *historisches Produkt* und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter anderem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. Für ein bestimmtes Land, zu einer bestimmten Periode jedoch, ist der Durchschnittsumkreis der *notwendigen Lebensmittel* gegeben.

Der Eigentümer der Arbeitskraft ist sterblich. Soll also seine Erscheinung auf dem Markte eine kontinuierliche sein, wie es die kontinuierliche Verwandlung von Geld in Kapital voraussetzt, so muß der Verkäufer der Arbeitskraft sich verewigen, "wie jedes lebendige Individuum sich verewigt, durch *Fortpflanzung*". Die durch Abnutzung und Tod dem Markt entzogenen Arbeitskräfte müssen zumindest durch eine gleiche Zahl neuer Arbeitskräfte beständig ersetzt werden. Die Summe der zur Produktion der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel schließt also die Lebensmittel der Ersatzmänner ein, d.h. der Kinder der Arbeiter, so daß sich diese Race eigentümlicher Warenbesitzer auf dem Warenmarkte verewigt.

Um die allgemeine menschliche Natur so zu modifizieren, daß sie Geschick und Fertigkeit in einem bestimmten Arbeitszweig erlangt, entwickelte und spezifische Arbeitskraft wird, bedarf es einer bestimmten Bildung oder Erziehung, welche ihrerseits eine größere oder geringere Summe von Warenäquivalenten kostet. Je nach dem mehr oder minder vermittelten Charakter der Arbeitskraft sind ihre Bildungskosten verschieden. Diese verschwindend kleinen Erlernungskosten für die gewöhnliche Arbeitskraft gehen also ein in den Umkreis der zu ihrer Produktion verausgabten Werte.

Der Wert der Arbeitskraft löst sich auf in den Wert einer bestimmten Summe von Lebensmitteln. Er wechselt daher auch mit dem Wert dieser Lebensmittel, d.h. der Größe der zu ihrer Produktion erheischten Arbeitszeit.

Ein Teil der Lebensmittel, z.B. Nahrungsmittel, Heizungs-mittel usw., werden täglich neu verzehrt und müssen täglich neu ersetzt werden. Andere Lebensmittel, wie Kleider, Möbel usw., verbrauchen sich in längeren Zeiträumen und sind daher nur in längeren Zeiträumen zu ersetzen. Waren einer Art müssen täglich, andere wöchentlich, vierteljährlich usf. gekauft oder gezahlt werden. Wie sich die Summe dieser Ausgaben aber auch immer z.B. während eines Jahres verteilen möge, sie muß gedeckt sein durch die Durchschnittseinnahme tagein, tagaus." (19)

Dieses ausführliche, aber notwendige Zitat erlaubt es uns, das Verhältnis von Wohnung und Wert der Arbeitskraft zu erkennen. Für die Reproduktion der Arbeitskraft und überhaupt der Gattung der Arbeiter sind gewisse Dinge wie Ernährung, Schlaf, Fortpflanzung, Muße, Schutz usw. erforderlich, also den Konsum von verderblichen bzw. abnutzbaren Gegenständen: Lebensmittel, Kleidung, Möbel, Haushaltsmittel, Brennstoff usw., die einer Reihe von *materiellen Grundlagen* bedürfen, von denen die wichtigste die Wohnung ist. Die Wohnung ist die materielle Grundlage für einen beträchtlichen Teil der für die Reproduktion der Arbeitskraft erforderlichen Konsumtion, deshalb bildet sie einen wesentlichen Teil des Werts derselben und muß im Lohn enthalten sein, den der Arbeiter unter normalen Ausbeutungsbedingungen erhält.

Die Wohnung, von der wir hier sprechen, die ja normalerweise durch die Anzahl der Zimmer, der Bausubstanz, der Infrastruktur usw. definiert wird, soll hier nicht in ihren physiologischen Größenordnungen - die ja nach Ländern, Regionen, der Entwicklung der Produktivkräfte usw. unterschiedlich sein kann - und auch nicht auf einer idealen, moralischen oder subjektiven Grundlage charakterisiert werden. Gemeint ist die *gesellschaftlich durchschnittliche Wohnung*, die gesellschaftlich notwendig ist und durch das historische Ergebnis der Verbindung zahlreicher Faktoren bestimmt wird: die physiologischen Grenzen, die bestimmt werden durch die klimatischen Bedingungen einer jeden Gegend und durch die

historisch-gesellschaftliche Bestimmung der Mindeststandards einer Gesellschaft; die Bedingungen der Ausbeutung der Arbeitskraft, bestimmt durch die Erfolge des Proletariats in seinem Kampf und die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Diese gesellschaftlich notwendige Wohnung wird in jeder Gegend und in jedem Augenblick der geschichtlichen Entwicklung anders sein, und sie ergibt sich aus den durchschnittlichen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse. Wenn die objektiven Tatbestände zeigen, daß die durchschnittliche gesellschaftliche Wohnung ungesund, verkommen und instabil ist, daß sie also moralisch und historisch inadäquat ist, so stellt sich die Notwendigkeit, diesen Standard zu verändern durch die Veränderung der historischen und sozialen Bedingungen, die ihn prägen, und zwar durch den Kampf des Proletariats.

Im Rahmen der Konsumtionsmittel der Arbeiter, die in Lateinamerika drastisch verringert worden sind, ist die Wohnung neben einigen kläglichen Möbeln und diesem oder jenem Haushaltsmittel das grundlegende langlebige Gut. Ihre hohen Kosten, die wir anfangs analysiert haben, verschlingen 25 bis 50 % der Einkünfte eines Industriearbeiters oder eines mittleren Lohnabhängigen.

Die kontinuierliche Abnahme des Angebots an Mietwohnungen, die für die Arbeiter normalerweise aus Mietskasernen oder Untermietverhältnissen in den Wohnungen anderer Arbeiter bestehen, schafft ein weitaus größeres Problem: der Erwerb einer Eigentumswohnung setzt in der Regel eine höhere monatliche Ausgabe voraus als eine entsprechende Monatsmiete, aufgrund der schnelleren Amortisationszeit der Produktionskosten. Außerdem wird eine Anzahlung von 20 bis 40 % des Marktpreises verlangt, die vom Käufer kurzfristig aufgebracht werden muß! Der Käufer muß also über Ersparnisse verfügen. Der Arbeitgeber bezahlt nur die täglichen/monatlichen Reproduktionskosten des Arbeiters, die diesen Extraposten nicht enthalten, und der Arbeiter ist nicht in der Lage, von seinem mageren Lohn einen Teil für diesen Zweck abzuzweigen. Das Zusammenspiel der Verringerung des Angebots an Mietwoh-

nungen für Arbeiter und der Tatsache, daß Anzahlungen für den Erwerb einer Eigentumswohnung nicht im Lohn enthalten sind, bestimmt in Lateinamerika die Entwicklung von Selbsthilfemaßnahmen im Wohnungsbau. Nur in einigen lateinamerikanischen Ländern (unter ihnen Mexiko) versucht der Staat dieses Problem durch die Schaffung von Sparfonds - INFONAVIT - zu lösen, in die die Unternehmer einen geringen monatlichen Betrag (5 % des Lohnes) einzahlen, der nach vielen Jahren diese Anzahlung abdecken kann. In anderen Ländern ist die Anzahlung fallen gelassen worden, was aber zu einer Erhöhung der Monatsraten und so zu einer höheren Belastung der Arbeiterhaushalte führte. Wie auch immer die Programme geartet seien, ihr Angebot ist sehr gering und versorgt nur einen geringen Teil der Arbeiterklasse, meistens die am besten organisierten und kampfstärksten.

Diese Tendenz zur Verringerung der Mietwohnungen und der Förderung von Eigentumswohnungen, seien es nun staatliche Wohnungsbauprogramme oder Selbsthilfeprojekte, führt dazu, daß wenn sich erst einmal die Eigentumswohnung allgemein durchgesetzt hat, die Wohnkosten aus dem Wert der Arbeitskraft verschwinden werden. Durch die Abnahme des Wertes der Arbeitskraft wird sich der Mehrwert erhöhen. Dieser Mechanismus wurde vor mehr als einem Jahrhundert von Engels bewiesen (siehe Zitat am Anfang der Arbeit).

Abschließend muß nach Marx festgestellt werden, daß der Wert der Arbeitskraft für *einfache* - nicht qualifizierte Arbeiter - und für *komplexe* Tätigkeiten - qualifizierte Arbeiter, Vorarbeiter, Angestellte usw. - unterschiedlich ist; diese unterschiedliche Bewertung der Arbeitskraft spiegelt sich auch in der Festlegung der gesellschaftlich notwendigen Wohnung für die verschiedenen Qualifikationsstufen der Arbeitskraft wider. Wie wir später noch sehen werden, scheint dieses in Lateinamerika zu erfolgen mit den Selbsthilfemodellen und den Untermietverhältnissen für die Reservearmee und die nicht qualifizierte Arbeitskraft sowie die von den staatlichen Institutionen angebotenen Wohnungen für die qualifizierten Arbeiter, die im oberen Teil der Beschäftigungsstruktur angesiedelt sind.

2.2. Verarmung, Selbsthilfe und Wert der Arbeitskraft in Lateinamerika

Im ersten Teil dieser Arbeit haben wir beschrieben, wie das Entstehen der Arbeiterklasse in der Mehrzahl der Länder Lateinamerikas gleichzeitig mit der Herausbildung einer relativen Überbevölkerung von beträchtlichen Ausmaßen einherging, die seitdem die wirtschaftliche Entwicklung begleitet. Wir haben auch erwähnt, daß dadurch der Wert der städtischen Arbeitskraft auf einem Niveau gehalten wird, wie er nahezu in den ländlichen Ursprungsorten der jungen Arbeiterklasse besteht. Das drückt sich besonders deutlich in der Größe des Anteils des Werts der Arbeitskraft aus, der für das Wohnen bestimmt ist, und die Wohnungen haben in bezug auf ihren Gebrauchswert Ähnlichkeiten zu den ländlichen Wohnungen - damit sind keine formal-materiellen Ähnlichkeiten gemeint -: ein einziges, schlecht belichtetes Zimmer, ohne Licht, Wasseranschluß und Kanalisation, in dem die ganze Familie einschließlich der Großeltern eingepfercht lebt. Anfangs wird dieses Reproduktionsbedürfnis der Arbeiter durch die Mietskasernen befriedigt, die sich in den Stadtzentren an den Stellen ausbreiten, die von der Oligarchie, den Kaufleuten und den reichgewordenen Bürokraten verlassen worden sind. Das Angebot ist jedoch begrenzt, und die gleichzeitig sich entwickelnde kommerzielle Nutzung der alten Gebäude vernichtet immer mehr Wohnraum, so daß bald das Angebot nicht mehr die wachsende Nachfrage der durch die kapitalistische Entwicklung aufkommenden Arbeiterklasse und Reservearmee decken kann. Solange die schwachen Gewerkschaften, die periodisch unter der Repression der undemokratischen bzw. offen diktatorischen Regime zu leiden haben, mit ihrem Kampf und ihren Forderungen nicht den Bestandteil des Wohnens im Wert der einfachen Arbeitskraft zu verbessern bzw. zu erweitern vermögen, reproduziert die Besetzung brachliegenden Landes und der Wohnungsbau in Selbsthilfe - unter Beibehaltung der allgemeinen Charakteristika der Mietzimmer - immer getreulich die strukturellen und formalen Technologien der ursprünglich auch selbstgebauten ländlichen Wohnungen. Wir setzen voraus, daß

sich dieser Vorgang mit dem zunehmenden Rückgang des Reallohns bzw. dessen Stagnation, ergibt, wenn die Arbeiter allmählich der Möglichkeit beraubt worden sind, eine geeignete Wohnung zu kaufen oder zu mieten, da die Kaufpreise bzw. Mieten stärker zunehmen als die von der Bourgeoisie zugestandenen Lohnerhöhungen. Etwas hat sich bereits verändert; der ursprüngliche Mietanteil am Lohn wird jetzt für die Monatsrate des Grundstücks bzw. für den Baumaterialkauf ausgegeben, deren Preise ja auch steigen; die im Selbsthilfe-prozeß in den Bau investierte Arbeitszeit, die für den Arbeiter ja einen meßbaren Tauschwert darstellt, wird durch den Arbeitgeber nicht als für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit berücksichtigt, sie wird nicht vergütet und lastet voll auf den Schultern des Arbeiters. Es entsteht eine Situation, in der der Arbeiter und seine Familie eine zusätzliche Arbeitszeit einlegen müssen, um dieses Subsistenzmittel zu erlangen, d.h. sie müssen ihren Arbeitstag - außerhalb der Fabrik - um die Zeit, die sie in die Selbsthilfe investieren, verlängern. Hierdurch ist eine Form der absoluten Mehrwertschöpfung gegeben. In dem Maße jedoch, wie sich die Selbsthilfe in breiten Schichten der Arbeiterklasse durchsetzt, in der also eine jeweils größere Anzahl von Arbeitern ihre Wohnbedürfnisse mittels des selbstgebauten "Hauses" befriedigen, lasten die Wohnkosten weniger auf dem Lohn. Die Wohnkosten hören auf, ein Teil des Werts der Arbeitskraft zu sein und der Arbeitgeber vergrößert in relativer Form den Mehrwert, den er sich aneignet, so daß der anfangs von Engels geschilderte Vorgang eintritt. Andererseits führt die von Staat und Bourgeoisie geförderte spontane Anerkennung der Selbsthilfe durch die Arbeiterschaft dazu, daß die Gewerkschaften den Kampf um die Einbeziehung der Wohnkosten in die Arbeitskraft fallen lassen, so daß sich der Fall des Werts der Arbeitskraft durchsetzen kann.

Die Selbsthilfe, die aus der Verelendung der Ärmsten und am wenigstens organisierten Schichten der Arbeiterklasse entstanden ist, schafft nicht nur neues Elend für sie selbst, sondern auch den Niedergang des Werts der Arbeitskraft und der Lohnniveaus der sonstigen Schichten der Arbeiterklasse.

Wenn wir die gesamte historische Periode betrachten, so finden wir Prozesse und Konjunkturen, die sich gegenläufig zu den obengenannten Tendenzen verhalten. Diese bestehen jedoch im wesentlichen in bezug auf die qualifizierte Arbeitskraft in den dynamischen Betrieben, wo die Organisierung und Kampfkraft der Arbeiter auch entwickelter ist. Einerseits haben sie durch Organisierung und Kampfkraft ihren Reallohn halten können und in gewissen Abständen auch Erhöhungen durchsetzen können bzw. in den Zeiten extremen Lohndrucks den Fall der eigenen Einkünfte haben bremsen können, so daß sie über ein Einkommensniveau verfügen, in dem die Wohnkosten enthalten sind; zweitens gehörten sie stets zu den von den bonapartistischen Regimen gehätschelten Schichten, die die Arbeiterklasse als soziale Basis für ihre bürgerlichen Projekte verwenden. Die hierbei gemachten Konzessionen schlagen sich oft in Wohnungsbauprogrammen nieder, die sich langfristig lohnsenkend auswirken; und schließlich haben diese Schichten am ehesten die staatlichen und betrieblichen Wohnungen zahlen können, da sie gewisse Kredite erhalten können und ein größeres polit-ökonomisches Gewicht als ihre Klassenbrüder haben. Für diese Arbeiterschicht und die sonstigen Lohnabhängigen in ähnlichen Bedingungen könnte der mittlere gesellschaftliche Wohnstandard, der im Wert der Arbeitskraft - also Lohn - enthalten wäre, dem gegenwärtigen staatlichen Arbeiterwohnungsbau entsprechen.

Diese Spaltung des Standards der gesellschaftlich notwendigen Wohnungen wirft einen Widerspruch auf: einerseits führt der Wohnungseigenbau von nicht-qualifizierten Arbeitern, von Arbeitern aus kleinen und mittleren Betrieben und von den Mitgliedern der Reservearmee zur Reduzierung des Wohnanteils am Wert der Arbeitskraft, wobei die staatliche Förderung der Selbsthilfe eine wichtige Rolle einnimmt. Andererseits führt der von dem dynamischen, gewerkschaftlich organisierten Proletariat ausgehende Druck, die Demagogie des Staates in bezug auf eine "menschenwürdige Wohnung" und die Wohnungspolitik, die diesen Teil der Arbeiterklasse mit Wohnraum versorgt, zur Anhebung des gesellschaftlich notwendigen

Wohnstandards für die gesamte Arbeiterklasse. Es ist daher selbstverständlich, daß die Arbeiterklasse in ihren Forderungen die Selbsthilfe als Lösung der Wohnungsnot ablehnen muß und sie in ihrem Kampf die Einbeziehung der vollständigen Wohnkosten in den Wert jeglicher Arbeitskraft fordern muß.

Noch bleibt die Frage nach der objektiven Bedeutung der Selbsthilfe für die industrielle Reservearmee offen. Erstens ist es offensichtlich, daß dieser Bevölkerungsanteil nicht den Ausbeutungsbedingungen unterworfen ist; die Ungeheuerlichkeit besteht ja gerade darin, daß ihre Arbeitskraft vom Kapital nicht benötigt wird und daß sie dieselbe nicht gegen einen Lohn eintauschen kann - sie wird weder ausgebeutet, noch kann sie sich einem Ausbeutungsverhältnis unterwerfen. Zweitens hat die Größe dieser Reservearmee, ihre Zersplitterung, die ihre Organisierung erschwerte und ihre Passivität, die sie im Laufe der Geschichte bewiesen hat, es verhindert, daß das Kapital und sein Staatsapparat durch Arbeitslosengelder für ihre Erhaltung aufkommen würden; wie Marx formulierte, leben sie von der öffentlichen Wohlfahrt oder von den Krümeln vom Tische der Bourgeoisie, die sie durch ihre unproduktiven Tätigkeiten einnehmen. In diesem Fall ist die Selbsthilfe ein Subsistenzmechanismus, der über die Subsistenztätigkeiten hinaus geleistet werden muß. Diese Subsistenzfähigkeiten schaffen zwar keinen Mehrwert, sie beeinflussen jedoch die allgemeinen Ausbeutungsbedingungen und die Höhe des Wohnanteils im Wert der Arbeitskraft durch ihren Druck auf den Reallohn und durch ihre Mitwirkung bei der Verallgemeinerung der Selbsthilfe als Lösung der Wohnbedürfnisse. Dieser Ballast kann dem Arbeiterlohn nur durch die Durchsetzung eines Arbeitslosengeldes in Höhe des Mindestlohnes, in dem das Minimum für eine annehmbare Wohnung enthalten sein müßte, genommen werden. Aufgrund der Zersplitterung, Heterogenität und ideologischen Unterwürfigkeit dieser Sektoren kann der Kampf allerdings nur von der Arbeiterklasse angeführt werden.

2.3. Die Selbsthilfe - eine reaktionäre Alternative - im Sinne einer Synthese

Die Selbsthilfe, einzige Alternative für die Lösung der Wohnbedürfnisse der verarmten Arbeiter, der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, auferlegt von der Bourgeoisie im allgemeinen und dem Immobilienkapital im besonderen, ist objektiv ein Hemmnis. Ihre Propagierung als Lösung für das "Volk" ist reaktionär und dient den Interessen der Ausbeuter.

Als Produktionsprozeß:

- erhält die Selbsthilfe den Rückstand der Produktivkräfte im Wohnungsbau;
- erfordert sie hohe individuelle und soziale Produktionskosten der Wohnungen, so daß sie eine beträchtliche Verschwendung von gesellschaftlicher Arbeitskraft bewirkt. Diese Verschwendung lastet auf den Schultern der Ärmsten und Ausgebeutesten, und nicht auf denen, die es objektiv bewirken: der Bourgeoisie;
- die Selbsthilfe bedeutet eine Verlängerung des Arbeitstages der Arbeiter und wirkt sich in einer Erhöhung des relativen Mehrwerts und einer Verringerung der Reproduktionsmöglichkeiten der Arbeitskraft der Betroffenen aus;
- die Selbsthilfe trägt zur Notwendigkeit der Selbstversorgung der Reservearmee bei. Nutznießer ist das Kapital, das für ihre Existenz verantwortlich ist;
- die Selbsthilfe verewigt die elenden Lebensbedingungen der Mehrheit der Arbeiter, da mit ihr nicht eine Wohnung zustande gebracht werden kann, die dem gegenwärtigen Mindeststandard entspricht;
- die Selbsthilfe trägt zur Erhaltung der Abhängigkeit vom Staat durch die Legalisierungs- und Infrastrukturaktivitäten bei und verstärkt dessen ideologische Herrschaft.
- Die im Kampf gegen Grundbesitzer und Staat entstandene Opposition ist zweitrangig, konjunkturell und leicht durch diese zu lösen.

Durch die negative Wirkung auf den Arbeiterlohn:

- hat die allgemeine Durchsetzung der Selbsthilfe im Wohnungsbau eine Verringerung des Wohnanteils im Arbeiterlohn zur

Folge, so daß für den Arbeitgeber dadurch eine relative Erhöhung des Mehrwerts erfolgt;

- die Selbsthilfe drückt den Reallohn der Arbeiterschaft.

Die Selbsthilfe, Ausdruck der Verelendung der Massen, reproduziert das Elend in breiterem Rahmen!

Die Betroffenen sind sich dieser objektiven Tatbestände nicht bewußt und können sie auch nicht verhindern, da sie zum Überleben notgedrungen in die Falle geraten und diese Ausbeutungsart akzeptieren müssen. Die Intellektuellen hingegen, die Organisationen der Arbeiterschaft und die politischen Gruppen, die sich proletarisch nennen, sie alle verfügen über das theoretische Werkzeug, um das Problem zu durchschauen, und deshalb können sie nicht im Namen einer blinden Verherrlichung der Spontaneität der Massen diesen unmenschlichen Auswuchs des abhängigen Kapitalismus mystifizieren und auf ihre Fahnen schreiben, wie das manchmal geschieht. Das Proletariat und die Reservearmee sind daran interessiert, daß eine angemessene Wohnung durch den Wert der Arbeitskraft abgedeckt ist, sowohl in den Löhnen wie in den Arbeitslosengeldern.

Der Kampf für das Recht auf Selbsthilfe ist reaktionär, es muß dagegen gekämpft werden und für das Recht auf eine angemessene Wohnung als Bestandteil des Preises der Arbeitskraft. Diese ökonomischen Forderungen ändern nichts an den Ausbeutungsbedingungen, aber sie ändern zum Teil die Lebensbedingungen der arbeitenden Massen.

Wenn jemand bis jetzt nicht überzeugt worden ist, dann sollte er sich doch die Frage stellen, warum der Imperialismus und sogar die reaktionärsten lateinamerikanischen Regierungen diese Selbsthilfe als die wundertätige Lösung für die Massen übernommen haben und sie so oft in den letzten zwei Jahrzehnten angewendet haben.

3. Die Selbsthilfe als Alternative des Staates

Seit über zwei Jahrzehnten wird die Selbsthilfe für den städtischen Wohnungsbau der unteren Einkommensschichten von den lateinamerikanischen Staaten toleriert, gestützt, gefördert oder angeleitet, wobei mit der finanziellen und technischen Mitarbeit der internationalen Finanzorganisationen gerechnet werden kann, die vom Imperialismus kontrolliert werden. Sie erhalten ihre "theoretische" Rechtfertigung, ihre Verbreitung und Verherrlichung durch Intellektuelle wie John F.C. Turner und seine Epigonen, deren guter Wille schwerlich deren vollständige theoretische Verwirrung verdeckt.

Bedrängt durch die Migrationsprozesse in die Städte und durch die spontanen Aktionen der Obdachlosen, entzückt durch deren Überlebensfähigkeit bzw. der Vorteile bewußt, die die Verallgemeinerung der Selbsthilfe für die Akkumulation des Kapitals und die Profite der Bourgeoisie bringen, haben die verschiedenen politischen Regime Lateinamerikas alle Formen der Selbsthilfe durchgespielt, angefangen bei der Tolerierung und der verdeckten Förderung der Landbesetzungen, über die Vergabe von Grundstücken mit und ohne Infrastruktur, bis hin zur Förderung von vollständigen Selbsthilfeprogrammen.

Die Selbsthilfe ist zwar nichts grundsätzlich Neues, aber es scheint offensichtlich zu sein, daß ihre Förderung durch den Staat ihren grundsätzlichen Impuls in den 60er Jahren erhielt, als die "Allianz für den Fortschritt" eine Wohnungspolitik für Lateinamerika technisch und finanziell unterstützte, die sich auf drei Ebenen entwickeln sollte:

- ein Bauspar- und Kreditsystem für die Produktion und den Erwerb von Wohnungen für das kleine und mittlere Bürgertum;
- vollständige Wohnungsbauprogramme für die mittleren und höheren Einkommensschichten;
- Programme der "eigenen Kraft", "gegenseitigen Hilfe" und "Gemeinschaftsaktion" für den Wohnungsbau und die Infrastrukturerstellung für Gelegenheits- und Hilfsarbeiter und Arbeitslose.

Seitdem laufen die Aktivitäten der lateinamerikanischen Staaten in vier Richtungen:

- a) Toleranz gegenüber Landbesetzungen und illegalen Grundstückerschließungen,
- b) Legalisierung des Landbesitzes mit unsicheren Besitztiteln und die Vergabe von Infrastruktur,
- c) Förderung der Selbsthilfe auf drei Arten: Übergabe von Grundstücken mit oder ohne Infrastruktur, erweiterbare Hauseinheiten und vollständige Selbsthilfeprogramme.
- d) Sanierung selbsterstellter Stadtteile.

Im folgenden sollen diese Aktivitäten näher untersucht werden.

3.1. Charakteristika der verschiedenen staatlichen Aktivitäten gegenüber der Selbsthilfe

- a) Staatliche Toleranz oder Repression gegenüber Landbesetzungen und illegalem Bauland

Die lateinamerikanischen Staaten haben sich bei zahlreichen Gelegenheiten tolerant gegenüber Aneignungsformen von Land gezeigt, die als Grundlage für die Entfaltung von Selbsthilfemaßnahmen dienten: so z.B. gegenüber illegalem Grundstückshandel oder Besetzungen von privatem oder öffentlichen Land.

Im Falle des illegalen Grundstückshandels verwickelt sich der Staat in die Widersprüche seiner Amtsausübung: seine Funktion als Garant der allgemeinen Reproduktionsbedingungen des Kapitals zwingt ihn, die städtischen Widersprüche zu entschärfen, die sich durch die Anarchie der kapitalistischen Produktion und die freie Willkür des Privateigentums in der Nutzung des Bodens ergeben, indem er eine Bauleitplanung und Baugesetzgebung entwickelt (20); andererseits bieten die Gesetze - ausgehend von der Verfassung - "allen Bürgern" das Recht auf Privateigentum an Grund und Boden, sowie dessen Nutzung und Verfügbarkeit. Dieser Widerspruch bestimmt sein Verhalten gegenüber den Händlern und Erschließungsunternehmern "illegaler"

Siedlungen. Abgesehen von den mexikanischen Genossenschaftlern, die über keinen Besitztitel verfügen, besitzen diese Unternehmer das Land und können es auch verkaufen, so daß gegen die Parzellierung von Privatland rechtlich nichts einzuwenden ist. Die städtischen Baugesetze - soweit vorhanden - verlangen jedoch, daß bei einer Parzellierung von Land auch ein Minimum an Infrastruktur verlegt werden muß. Eine Unterlassung dieser Auflagen gibt den Parzellen den Charakter der "Illegalität", der von vielen Wissenschaftlern überbewertet worden ist. Wenn diese Siedlungsformen in Erscheinung treten, steht der Staat vor zwei schwerwiegenden Problemen: bei Anwendung der Baugesetze wird das verfassungsmäßige Eigentumsrecht verletzt; verhindert er diese Siedlungen und versagt er die Vergabe von Infrastruktur, so verhindert er nicht nur, daß die für sonstige Nutzung unbrauchbaren Landstücke für den Wohnungsbau erschlossen werden, sondern er wird auch eine Verteuerung der Produktionskosten und der Grundrente dieser Landstücke erzwingen, die sie für die niedrigen Einkommensschichten unerschwinglich machen würde. Dieser Weg ist angesichts der Massen an Wohnungslosen nicht zu beschreiten, wenn der Staat nicht die Verallgemeinerung der Landbesetzungen erreichen will. Angesichts dieses Dilemmas zieht der Staat es vor, die illegalen Grundstückshändler nicht zu behelligen und das Problem auf die Käufer abzuwälzen. Im Fall der mexikanischen Genossenschaftler steht der Staat vor den obengenannten Problemen sowie den Interessen der verschiedenen Funktionärschichten, die an diesem Prozeß beteiligt sind, so daß er sich mal repressiv gegenüber den Siedlern bzw. illegalen Käufern verhält - nicht etwa gegenüber den verkaufenden Genossenschaftlern - und mal tolerant, indem er eine Lösung des Problems in der "Legalisierung des Besitzes" sucht. Diese Art der Umwandlung von genossenschaftlichem Agrarland in Bauland für die kapitalistischen Immobilienhändler ist übrigens unkomplizierter als der gesetzlich vorgeschriebene Weg, was allein durch die enorme Anzahl an illegalen Transaktionen bewiesen wird. Angesichts der unvorstellbaren politischen Probleme, die eine Verhinderung der halb legalen, halb illegalen Lösungen mit sich bringen würde, hat sich allgemein ein tolerantes Verhalten des Staates gegenüber diesen Aktivitäten durchgesetzt.

Im Falle der Landbesetzungen, besonders wenn es sich dabei um kommerziell wertvolles Land handelt - hohe Grundrente - bzw. privates oder öffentliches Land, das strategisch günstig in bezug auf die Stadtstruktur gelegen ist, reagiert der Staat in der Regel repressiv: sofortige und meist gewaltsame Räumung, Zerstörung der bereits erstellten Hütten bzw. Feuerüberfall und Versorgungsblockade bei einer möglichen Konsolidierung der Aktion. Diese Reaktion ergibt sich notwendigermaßen aus der inneren Logik der Staatsfunktionen, der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsbedingungen, und folglich der Garantie der privaten Besitzverhältnisse an Grund und Boden. Diese sind zwar nicht grundlegend für die Aufrechterhaltung kapitalistischer Produktionsbedingungen, sie stehen jedoch in einer engen Wechselbeziehung zueinander. Gegen die Landbesetzungen nicht einzuschreiten hieße, weitere Bedrohungen des Privateigentums zu beflügeln; außerdem sind die Grundbesitzer ein - wenn auch zweitrangiger - Bestandteil der herrschenden Klasse, und ihre in der jüngsten Zeit entstandenen Verbindungen zum Finanzkapital hat ihre Stellung noch verstärkt. Dennoch hat es Fälle gegeben, in denen der Staat Besetzungen von privatem oder öffentlichem Land toleriert oder sogar gefördert hat. Normalerweise geschieht das mit den Regierungen, die eine populistische Demagogie vertreten, um eine soziale Basis in den Schichten der Arbeitslosen, Unterbeschäftigten und verarmten Arbeiter zu finden; in diesen Fällen scheint es offensichtlich zu sein, daß eine Politik der Toleranz oder der Unterstützung gegenüber Besetzungen von Landstücken betrieben wird, die entweder für die kommerzielle Erschließung unattraktiv sind und deshalb keine Reaktionen der Besitzer hervorrufen bzw. wo eine einfache Entschädigung möglich ist, oder es handelt sich um unbedeutendes staatliches Land, das angesichts des Drucks von unten überlassen werden kann. Diese Art von Toleranz bzw. verdeckter Förderung fand statt: in den Sumpfniederungen von Guayaquil, besonders unter der populistischen Regierung von Buscaran; in Lima unter Odria und Prado(21); in Venezuela in jüngster Zeit(22); und auch andernorts. Außer den obengenannten politischen Gründen existieren auch objektive Ursachen für diese Politik der To-

leranz, und zwar die Tatsache, daß der Staat bei den Besetzungen von unrentablem Land nur geringe Entschädigungen zu zahlen hat, andererseits aber durch die Besetzung und die Entwicklung der Selbsthilfemaßnahmen die peripheren Landstücke erheblich an Wert gewinnen, so daß die städtischen Grundbesitzer davon profitieren.

b) Die Legalisierung des Besitzes

Die logische Konsequenz der Landbesetzungen oder gewisser illegaler Erschließungsarten - so z.B. Genossenschaftsländereien in Mexiko - sind die inoffiziellen Besitztitel; ein besonders extremes Beispiel scheint die Stadt Mexiko zu sein, wo nach offiziellen Angaben 50 % der städtischen Grundstücke - auch viele in den Gegenden der hohen Einkommensschichten - keinen offiziellen Besitztitel haben. Die Legalisierung des Grundbesitzes setzt sich auf drei Arten durch: erstens durch den Druck bzw. erbitterten Kampf der Siedler zur Absicherung der bereits investierten Arbeit, und um die rechtliche Grundlage für den Ausbau der Infrastruktur zu erhalten; zweitens, wenn die Siedler mit ihrer Arbeit erst einmal den Wert der Grundstücke erhöht haben und sich diese in einer günstigen Lage zur Stadt befinden, setzen sich die Vertreter der Immobilien- und Baufirmen für eine Legalisierung ein, so daß die Ländereien in den Bodenmarkt integriert werden und die Grundstücke den Siedlern abgekauft werden können; drittens ist der Staat an der Legalisierung interessiert, um den Nutzern Grundsteuern und Beiträge für den Bau von Infrastruktur abnehmen zu können.

In der Regel ist die Legalisierung für den Siedler mit einer verdeckten oder offenen Abzahlung des Grundstücks - oder ein Teil desselben - gleichbedeutend, wobei der Preis oft auch die durch die Arbeit des Siedlers geschaffenen Grundrenten enthält. Dazu kommen die beträchtlichen Legalisierungsgebühren und die ersten Zahlungen von Grundsteuer, so daß ein Teil der Nutzer aus Gründen der Zahlungsunfähigkeit ihre Grundstücke abgeben müssen und anderenorts an einer neuen

Landbesetzung teilnehmen müssen, so daß sie anderen Bevölkerungsschichten oder Spekulanten das Feld überlassen und diesen einen Teil des durch ihre Arbeit geschaffenen Wertes schenken. Aus dem Stadtteil Netzahualcoyotl in Mexiko-Stadt hört man, daß die Legalisierung der Grundstücke den Nutzern noch einmal die doppelte Menge des ursprünglich gezahlten Kaufpreises (an die illegalen Erschließungsunternehmer) gekostet hat. Die Logik dieser Mechanismen und ihre Begründungen scheinen eindeutig zu sein. Abstrahierend können wir feststellen, daß der Staat nur bis zu einer gewissen Grenze die Trennung zwischen rechtlichem Anspruch und tatsächlichem Besitz des Bodens akzeptieren kann, eine Trennung, die das bürgerliche Recht und die Ordnung des Eigentums schwächen; trotz der objektiven Interessen der Siedler oder Besetzer an der Durchsetzung ihrer Eigentumstitel führt dieser Schritt unweigerlich zur Stärkung des Prinzips des Privateigentums an Grund und Boden, wie zur Vermehrung des Kleinbesitzes und zur Verbreitung der kleinbürgerlichen Ideologie vom "Privateigentum" unter den arbeitenden Massen.

c) Die staatlichen Selbsthilfeprogramme

Mit verschiedenen Modalitäten und unter unterschiedlichen Namen haben die lateinamerikanischen Staaten drei Arten von Selbsthilfeprogrammen entwickelt: Grundstücke mit oder ohne Infrastruktur, die Grundstücke mit Infrastruktur und Grundwohneinheit oder die vollständigen Selbsthilfeprogramme. Hierzu eine kurze Analyse:

Grundstücke mit oder ohne Infrastruktur

Die Vergabe von Grundstücken ohne Infrastruktur an Obdachlose ist ein verbreitetes Mittel lateinamerikanischer Staaten, um mit lächerlich geringen Mitteln den sozio-politischen Druck der Obdachlosen zu entschärfen. In diesen Aktionen nimmt der Staat einfach die schnöde Rolle des "illegalen Erschließungsunternehmers" ein, der seine eigenen Gesetze bricht. Das Ergebnis ist eindeutig: erbürdet den "Begünstigten" die Kosten der kapitalisierten absoluten Grundrente auf und macht sie

gelegentlich zu Tributpflichtigen, außerdem stürzt er sie in das Abenteuer der spontanen Selbsthilfe mit all seinem Elend und seinen Widersprüchen; der einzige Unterschied zu der obengenannten Situation ist, daß die Siedler die glücklichen Privateigentümer eines städtischen Grundstückes sind, und zwar mit der ganzen juristischen und ideologischen Tragweite. Trotzdem hat diese Methode für den Staat im Vergleich zum spontanen Vorgang ihre Vorteile, da er die zu vergebenen Grundstücke aussuchen kann, meist Grundstücke am äußersten Stadtrand, die schwer bebaubar sind, keine Infrastruktur haben und nicht im geringsten die durch das Immobilienkapital betriebene Stadterweiterung beeinträchtigen.

Die Grundstücke mit Infrastruktur haben mehr oder weniger die gleiche Bedeutung und unterliegen ähnlichen Bedingungen, nur daß jetzt die Infrastruktur mitgeliefert wird, - meist unzureichend und von schlechter Qualität, die oft von den Käufern gar nicht genutzt werden kann, da sie nicht über die finanziellen Möglichkeiten verfügen, um das Infrastrukturnetz auszubauen und die erforderliche Ausstattung (sanitäre Einrichtungen, Elektroleitungen und Abflußrohre, usw.) zu erwerben, so daß die angebotene Infrastruktur nicht überbewertet werden sollte. Aber der Einbau des allgemeinen Versorgungsnetzes (Abwasser-, Wasser- und Energieleitungen, das Wegenetz, usw.) lassen die privaten Baufirmen und die kapitalistischen Baumaterialproduzenten in Erscheinung treten, deren akkumulierter Gewinn mit den Zinsen des investierten Kapitals dann in die Taschen der "Wohltäter" fließt: das erhöht die Grundstückskosten über die Kaufkraft der ärmsten Schichten hinaus, so daß sie durch diese Programme nicht versorgt werden können; oder anders gesagt, diese Programme verringern die Kaufkraft der Betroffenen, da sie einen Teil ihrer Einkünfte und ihre außerordentliche Arbeitszeit für die monatlichen Tilgungsraten und den Bau der Wohnungen investieren müssen. Die Resultate dieser Programme sind mindestens so erbärmlich wie die der spontanen Selbsthilfeaktionen, nur daß der "wohltätige Staat" seine Vorteile hat.

Grundstücke mit Infrastruktur und Grundwohneinheit

Diese neue Ebene der "Lösungen" beseitigt die relativen Vorteile der spontanen Selbsthilfe auf den besetzten oder "illegal" erworbenen Grundstücken und tendiert bereits zu der oberen Ebene der analysierten Typen. Nun gehen die Produktionskosten inklusive Gewinne und Zinsen in die Höhe, die Monatsraten für die Amortisierung steigen, und meistens ist der dem "Nutznießer" übergebene Teil des Hauses vollständig unbewohnbar, wenn der Käufer nicht auch noch eine Menge Geld und Arbeit hineinsteckt. Ein Klo, ein mittelgroßes Zimmer, Boden-Wände-Dach, usw. das ist das "Grundelement" der Wohnung, das nicht bewohnbar ist bzw. genauso ungesund, erniedrigend und ungeeignet zur Befriedigung der familiären Bedürfnisse wie die hinlänglich bekannten Slums. Der Nutzer beginnt also sein Abenteuer mit einer im Verhältnis zu seinem Lohn hohen Verschuldung, mit der Belastung monatlicher Ratenzahlungen und ohne ein wirklich bewohnbares Haus. Um die Raten zahlen zu können, wird er seine ehemalige Wohnung verlassen müssen, und nur mit wahren "Wundern" an Erfindungsgabe wird er sich notdürftig in seinem strahlenden Besitz einrichten. Gelegentlich zeigen diese Programme das widersprüchliche Bild der pedantischen "Erfindungsgabe" der Technokraten und ihrer Technologie sowie die instinktive Erfindungskraft und Selbsterhaltung der Nutzer.

Vollständige Selbsthilfeprogramme

In Lateinamerika sind auch vollständige Selbsthilfeprogramme im Wohnungsbau entwickelt worden, die sich offensichtlich an die Schichten in der Arbeiterklasse wenden, die eine feste Beschäftigung und den Mindestlohn überschreitende Einnahmen haben, womit der größte Teil der arbeitenden Massen in den Städten ausgeklammert sein dürfte.

In ihnen erscheinen alle Komponenten, vom kommerziellen Baupreis bis zu den am Bauprozess beteiligten gesellschaftlichen Vertretern, mit der einzigen Ausnahme des Lohnarbeiters, der durch die Arbeitskraft des zukünftigen Nutzers ersetzt wird:

das Grundstück hat seinen kommerziellen Wert, der die Erschließungskosten und die aus den Erschließungsmaßnahmen entstandene Grundrente enthält, die Baumaterialien werden über den kapitalistischen Markt bezogen und enthalten die monopolistischen Extragewinne der Produzenten, es werden Zinsen für die staatlichen Vorschüsse zur Finanzierung des Ganzen verlangt, und dann kassieren Stadtplaner, Architekten, Statiker, Buchhalter, Personalchefs, Zeichner, Sozialarbeiter, Soziologen, Werbetexter, usw. ihre Gehälter, die dann zusammen mit den Mieten für feine Büros, Reklame, Geschäftsreisen und Einweihungsfeiern auf den Rechnungen erscheinen unter der trügerischen Rubrik "Verwaltung und Verschiedenes". Der Käufer spart ausschließlich die Löhne der Bauarbeiter, und dafür müssen er und seine Familie zusätzliche Arbeitsstunden einlegen, die oft erschreckende Ausmaße annehmen, so daß sie von den im 2. Teil angesprochenen Mechanismen der Verlängerung des Arbeitstages - Erhöhung des Mehrwerts für den Arbeitgeber - und die allgemeine Durchsetzung der Verringerung des Reallohns für den Arbeiter voll getroffen werden. Der große Vorteil liegt in der Zunahme der Arbeitsproduktivität und der Verringerung des Werts der Wohnung und folglich einer verringerten Vergeudung gesellschaftlicher Arbeit, bedingt durch die Verwendung besserer Baumaterialien, besserer Werkzeuge, einer besseren Fertigkeit der Erbauer aufgrund von Schulungen und rationellerer Arbeitsprozesse. Dennoch zeigen uns die bekanntgewordenen Beispiele stets minimale Wohnungen von einem oder zwei Zimmern, deren "Integralität" vielfach der Promiskuität ähnelt, die fast unweigerlich zum Elend führt. Erworben werden können sie nur von Arbeitgebern und festen Lohnempfängern - welche Neuigkeit! -, die als "kreditwürdig" angesehen werden können.

Die Gemeinsamkeiten dieser Programme

In der Regel werden die obengenannten Programme - wie die meisten staatlichen Programme - am äußersten Stadtrand und vorwiegend in Arbeiterwohngegenden angesiedelt. Die Wahl dieser Lage gehorcht der einseitigen Suche nach Senkung der Grundstückskosten, um die staatlichen Investitionen zu mini-

mieren. Die Wahl von Gegenden, in denen sich bereits gleichartige Wohnungen befinden, läuft auf das gleiche hinaus, und es zeigt sich darin das Bestreben, die durch die "natürlichen" Mechanismen der kapitalistischen Stadtentwicklung hervorgerufene Segregation der Wohnbereiche zu erhalten, um mit den Arbeiterwohnungen nicht die gegenwärtigen oder zukünftigen Wohngegenden der hohen Einkommensschichten zu "verunreinigen" und auch nicht die Entwicklung anderer kapitalistischer Aktivitäten - wie die der Industrie - zu stören. Die Wahl dieser Lage hat zahlreiche Auswirkungen auf das Stadtgebilde:

- die soziale Segregation der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten wird reproduziert und Ghettos für verarmte Arbeiter und die Reservearmee entstehen;
- die Zersiedelung der Stadt wird gefördert und verschärft damit ihre Unwirtschaftlichkeit; es hat einen widersprüchlichen Effekt für die Kapitalverwertung;
- die Notwendigkeit nach einer Vergrößerung des Infrastrukturnetzes und der Dienstleistungen entsteht, so daß die öffentlichen Investitionen erhöht werden müssen. Der Staat löst dieses Problem, indem er entweder die neuen Wohnviertel mit schlechter bzw. unvollständiger Infrastruktur versorgt, oder aber, indem er den Bau derselben solange aufschiebt, bis der Druck der Bevölkerung ihn dazu zwingt, und er dann diese Kosten auf die Betroffenen abwälzen kann, sei es durch Abzahlungen oder durch die Wertsteigerungssteuer.
- Eine Steigerung der Grundrenten am Stadtrand wird hervorgerufen, die den Grundbesitzern zugute kommt und den Staat "zwingt", den gleichen Vorgang in einer größeren Entfernung von der Stadtmitte zu wiederholen. Wir können in fast allen Städten diese zentrifugale Entwicklung des Stadtrandes beobachten, bedingt durch den Anstieg der Grundrente, den der Staat ausgelöst hat. Diese Entwicklung erhöht die Unkosten der Nutzer und fördert die städtische Zersiedelung.

Für den Nutzer bedeutet das:

- große Entfernungen von den Arbeitsplätzen, mit der Folge der Erhöhung der Transportzeit und -kosten und folglich eine Verlängerung des Arbeitstages, der nicht vom Arbeitgeber bezahlt wird. Für die Masse der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten bringt diese Entfernung einen Wettbewerbsnachteil in den verschiedenen Subsistenzformen - Müllsammeln, Lasten auf dem Markt tragen, Schuhputzen, Autos pflegen, usw. - so daß deren Einkünfte und reale Arbeitszeit verringert wird. Es ist außerdem schon eine Tradition, daß diese Außenbezirke über schlechte Transportmöglichkeiten verfügen, wodurch die obengenannten Auswirkungen noch verschärft werden.
- Von den allgemeinen städtischen Dienstleistungen und dem städtischen Leben überhaupt isoliert zu sein, das sich in den zentralen Vierteln abspielt. So verringern sich die Vorteile städtischen Lebens noch weiter für sie.
- Die Erhöhung der grundlegenden Subsistenzkosten einerseits durch die Transportkosten, andererseits, weil sie aufgrund der Entfernung zu den innerstädtischen Läden beim örtlichen Kleinhandel - der von vielen Bewohnern der Randsiedlung zur Aufbesserung der geringen Einkünfte betrieben wird - einkaufen, der aber aufgrund der geringen Umsätze höhere Preise verlangt als die Ladenketten. Einige Spezialläden - z.B. Apotheken - können aufgrund ihres entlegenen Standortes Monopolpreise verlangen.

Zu den wirtschaftlichen Belastungen durch das Wohnungsbauprogramm kommen die Unkosten aufgrund der Standortnachteile hinzu; oft werden die freiwillig oder zwangsweise angebotenen Programme - z.B. bei Umsiedlungsmaßnahmen im Rahmen der Stadterneuerung - von den "Nutznießern" aufgrund dieser Folgen abgelehnt. Wenn wir gleichzeitig diese Konsequenzen und die Charakteristika der Wohnungsbauprogramme betrachten, so kommen wir zu der Schlußfolgerung, daß die staatlichen Selbsthilfeprogramme alle "Laster" der spontanen Selbsthilfe in sich bergen, aber keine ihrer "Tugenden".

Schließlich muß festgestellt werden, daß diese Selbsthilfeprogramme für die staatlichen Institutionen eine "marginale" Rolle spielen, d.h. sie widmen diesen nur einen minimalen Anteil ihrer Budgets. Auch wenn die Investitionen schwer auf den Zahlungsverpflichtungen der neuen Hausbesitzer lasten, so ist im Vergleich zu anderen Baumaßnahmen der finanzielle Aufwand für eine große Anzahl von baulichen "Lösungen" sehr gering. Dafür gibt es objektive Gründe: der Staat hat ein größeres Interesse und wird stärker bedrängt sowohl von den kapitalistischen Betrieben, die an der Reproduktion ihrer komplexen Arbeitskräfte interessiert sind, wie auch von Gewerkschaften der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen. Deshalb entfaltet der Staat seine politische Demagogie lieber gegenüber den "mittleren Schichten", die auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten besitzen und Garantien bieten können, um die Marktpreise ihrer Wohnungen zu bezahlen. Deshalb investiert er den größten Teil seiner Mittel in die gesellschaftlich notwendigen Wohnungen der Mittelschicht und der qualifizierten Arbeiter der wichtigsten kapitalistischen Betriebe. Für den Staat sind die potentiellen Abnehmerschichten seiner Selbsthilfeprogrammen nicht nur "schlechten Kunden" - sie sind nicht "kreditwürdig" und sind "unsichere" Schuldner - sondern auch politisch und wirtschaftlich unbedeutend, sie sind "überflüssig", es gibt zu viele von ihnen und "sie regeln ihre Sache schon alleine". Deshalb beschäftigt sich der Staat mit ihnen nur in bestimmten Konjunkturen, wenn sie soziale und realpolitische Spannungsherde hervorrufen - und zwar nicht nur potentielle - oder wenn es erforderlich wird, sie von strategischen Standorten durch "Umsiedlung" oder "Stadterneuerung" zu verlagern.

"Umsiedlung" und "Stadterneuerung" (Sanierung)

Der historische Entwicklungsprozeß der Städte Lateinamerikas hat mit seinem Schlund aus Eisen und Beton die alten selbstgebauten Stadtteile verschlungen, er hat die Viertel absorbiert, die noch vor wenigen Jahren eine Randlage mit einer geringen strukturellen und kommerziellen Bedeutung hatten. Sie erhielten inzwischen eine günstige Lage an den vorherr-

schenden Zonen des Handels, der Banken und der Verwaltung, oder sie wurden zu Wohnbereichen der jüngst emporgekommenen oberen Einkommensgruppen, oder im Nahbereich neuer Schnellstraßen, die die wirtschaftliche Bedeutung der betroffenen Zonen erhöhten. Sowohl die Arbeit der Eigenbauer wie auch die Arbeit der städtischen Massen insgesamt haben diese bislang vergessenen Viertel in ein appetitliches Landstück für das gierige Baukapital verwandelt. Über die Medien werden giftige ideologische Begründungen verbreitet - über die Massen, in den "Elendsgürteln, die die Stadt ersticken", über das "Krebsgeschwür in der Stadtmitte" usw. - und die Notwendigkeit der "Sanierung, Modernisierung, Verschönerung, die Lösung der Verkehrsprobleme" und tausend andere Lügen. Neben den zentralen Mietskasernen werden die alten selbstgebauten Stadtteile zum Ziel der Eroberungszüge des Immobilienkapitals und der "Umsiedlung" und "Städterneuerung" des Staates. Es gibt so viele Beispiele in Lateinamerika, daß man sie nicht extra aufzuzählen braucht.

Es wird vom Immobilienkapital Druck ausgeübt, das den zentralen städtischen Boden für seine Investitionen benötigt, von allen Kapitalfraktionen - Handel, Banken, usw. -, die die materiellen Stützen ihrer Tätigkeit sowie ihre zentralen Büros aufbauen wollen und nicht zuletzt von den mittleren und hohen Einkommensgruppen, die neue Standorte für ihre Wohnungen suchen. Zwei Wege werden eingeschlagen: die "normale, friedliche" Umsiedlung oder die staatlichen Maßnahmen.

Im ersten Fall werden die Mechanismen des allmählichen und kumulativen Aufkaufs von Grundstücken ausgespielt. Diese Vorgehensweise ist langatmig und rechtlich lästig, besonders wenn komplexe und unklare Besitzverhältnisse vorliegen und der Besitz sehr zersplittert ist. Anderenfalls wird man den Staat um Hilfe bitten, der dann die Mittel der Enteignung aufgrund "öffentlicher Interessen" einsetzt.

Aber der Staat, dessen Aufgabe es ist, die allgemeinen Reproduktionsbedingungen des Kapitals insgesamt und des Immobilienkapitals im besonderen zu gewährleisten, wozu auch die

Anpassung der veralteten Stadtstruktur an die Erfordernisse des Kapitals gehört, dieser Staat wird auch seine "autonomen Initiativen" aufweisen, die nichts anderes sind als die Widerspiegelung der Erfordernisse des Kapitals im Staatsapparat. Die Technokratie mit ihrer ästhetisierenden Ideologie und ihren künstlerischen Ansprüchen, mit ihren in Harvard, MIT, Paris, Cambridge oder in London angeeigneten Idealmodellen und ihrem kleinbürgerlichen Instinkt, sie sind der Resonanzboden dieser objektiven Bestimmungen. Die Pläne für Umsiedlungen, Sanierungen und Verkehr werden - bunt bemalt, versehen mit umfangreichen Begründungen, wirtschaftlichen Berechnungen, Nutzungsanalysen, usw. - genehmigt und in Gang gesetzt.

Die Umsiedlung bzw. Vertreibung der Bewohner wird verschiedene Formen annehmen:

Der freiwillige oder zwangsweise Verkauf - Enteignung aufgrund des öffentlichen Interesses - von Land und Wohnungen, der polizeiliche Druck auf die Widerstand-Leistenden (besonders die Mieter) oder die direkte Gewaltanwendung durch Bulldozer und Planierdrauen.

Die Gewaltanwendung der repressiven Apparate als "gewichtiges" und meist recht überzeugendes Argument.

Die Mechanismen der "Mehrwert"-Steuer aufgrund von Straßenbauten, die die Anwohner nicht leisten können, so daß sie gezwungen werden, ihren Besitz an die "allzeit bereiten" Immobilienhändler zu verkaufen.

Die Besitzer werden nach dem Verkauf, mit dem sie einen Teil des durch ihre Arbeit geschaffenen Wertes den Immobilienhändlern geschenkt haben, zum Stadtrand ziehen, um in spontaner Weise den Selbsthilfe-prozeß erneut zu beginnen, oder in eines der staatlichen Umsiedlungsprojekte eintreten - was selten geschieht - und dort werden sie die hohen Kosten und Raten für schlechtere und tausendmal ungünstiger gelegene Wohnungen bezahlen, als die, die sie verlassen mußten. Für die Mieter

ohne Besitz gibt es keine andere Alternative als den Umzug in andere Mietskasernen oder Untermietverhältnisse, die draußen am Stadtrand liegen, oder sie stürzen sich in das Abenteuer der Landbesetzung und der Selbsthilfe. Der Staat nutzt fast immer den bestehenden sekundären Widerspruch zwischen Mieter und Vermieter, um die Widerstandsbewegungen gegen Sanierungsmaßnahmen zu zersplittern. Den Vermietern zahlt er den "gerechten Preis" - wir haben ja gesehen, daß es in Wirklichkeit ein ungleicher Tausch ist -, so daß diese aus dem Konflikt herausfallen und die Mieter allein und schutzlos übrigbleiben.

Nach der Vertreibung werden die gemischt staatlichen - privatkapitalistischen Betriebe, die staatlichen Institutionen oder das Privatkapital, denen der Grundbesitz übertragen wurde, ihre Investitionen machen. An diesen Plätzen werden die großen Wohntürme der oberen Einkommensschichten hochsprießen, die Geschäftsräume und Büros des Staatsapparats, und so wird das Ziel der Aktion erreicht worden sein: die städtische Struktur den Erfordernissen des Kapitals anzupassen, den städtischen Kleinbesitz an die Immobilienfirmen und ans Finanzkapital zu übertragen und sie zu konzentrieren. So wird der Konflikt zwischen kleinem Grundbesitz und großem Immobilienkapital gelöst, dem Immobilien- und Baukapital werden neue Aktionsbereiche erschlossen, die bevorzugten Stadtlagen werden für das Großkapital und die oberen Einkommensschichten zurückerobert und die Stadt wird "verschönert", indem aus ihren Kernbereichen die "unzivilisierten, schmutzigen, verbrecherischen und konfliktbeladenen" Verdammten dieser Erde abgeschoben werden.

3.2. Imperialismus, Staat und Selbsthilfe

Ohne sich die Finger schmutzig zu machen, haben die lateinamerikanischen Staaten die Selbsthilfe als magische Formel auserkoren, durch die die Wohnbedürfnisse der verarmten Arbeiter und der enormen relativen Überbevölkerung, die in den Stadtgebieten vor sich hin vegetiert, befriedigt werden sollen. Sie haben entdeckt, daß die Selbsthilfe die ideale Alternative zur Senkung des Werts der Ar-

beitskraft darstellt und damit der Reallöhne. Hierdurch erhält die Bourgeoisie höhere Profite und so werden einige der notwendigen Bedingungen zur Aufrechterhaltung der erweiterten Reproduktion des abhängigen Kapitalismus geschaffen. Trotzdem wird die Selbsthilfe nicht massiv gefördert, weil

- dadurch ein beträchtlicher Teil der Staatsausgaben in diese Investitionen gesteckt würde, zu Ungunsten derjenigen Investitionen, die direkt mit der Reproduktion des Kapitals verbunden sind;
- bei diesen Programmen die Rückgewinnung der Investitionen große Schwierigkeiten bereitet;
- möglichst viele Mittel in den Bau von Wohnungen für die Mittelschichten und die qualifizierten Arbeiter gesteckt werden müssen. Diese Schichten sind am engsten mit den nationalen und ausländischen Monopolen verknüpft, sie sind am notwendigsten für die Reproduktion des Kapitals und sie haben die besten politischen und gewerkschaftlichen Bedingungen, um die Wohnungsbauinvestitionen zu erzwingen;
- diese Investitionen nur marginal den Großgrundbesitzern, dem Immobilien- und Baukapital zugute kommen;
- die Massen sowieso gezwungen sind, es auf eigene Kosten und mit eigenem Risiko zu machen.

Aber die spontane Entwicklung der Selbsthilfe ruft ihre eigenen Widersprüche hervor:

- Sie fördert die unklaren Besitzverhältnisse, die die bürgerliche Legalität und Ordnung beeinträchtigen.
- Sie fördert die Zersiedelung und damit die der kapitalistischen Stadt eigenen Widersprüche, deren Lösung der Staat übernehmen muß.
- Als Ausdruck der Verarmung von wichtigen Sektoren des Proletariats und der städtischen Massen trägt die Selbsthilfe nicht zur Dynamisierung des Binnenmarktes bei, so daß die zyklischen Krisen des Produktionssektors für Baumaterialien nicht abgeschwächt werden.

- Sie fördert die Umweltbelastung, so daß es zu einer Gesundheitsgefährdung der gesamten Stadtbevölkerung (inclusive der Bourgeoisie) führen kann, wie es in England während der industriellen Revolution geschehen ist.
- Sie zwingt den Staat zur Vergabe von Infrastruktur und Dienstleistungen, so daß ein Teil der Staatsausgaben die für den Reproduktionsprozeß des Kapitals bestimmt sind, abgezweigt werden.

Die massive Selbsthilfe ist, wie alle sozialen Prozesse im Kapitalismus, Trägerin tiefgreifender Widersprüche, die sich besonders im Staat widerspiegeln, dem grundlegenden Organ der Kohäsion und der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft insgesamt.

Dennoch bringt die Selbsthilfe einen positiven Saldo für die Reproduktion des abhängigen Kapitalismus, dessen wichtigste Nutznießer die großen nationalen und imperialistischen Monopolkapitale sind. Deshalb unterstützen die großen, durch den US-Imperialismus beherrschten Finanzagenturen heute wie vor 20 Jahren technisch und finanziell die Selbsthilfe, und sie propagieren sie als das Idealmodell zur Lösung der Wohnprobleme der städtischen "Niedriglohn"-Sektoren. Diese Politik kann nach Robert S. MacNamara, Präsident der Weltbank(23), so zusammengefaßt werden: "... die Verbesserung der bestehenden illegalen Viertel ist ein praktischer und preiswerter Ansatz bei den Wohnungsproblemen der unteren Einkommenschichten. Diese Verbesserung besteht in der Legalisierung der Siedlung, in der Erteilung von Besitzgarantien für die Bewohner und in der Vergabe eines Minimums an Infrastruktur, wie Wasser, Straßen, Abwasserleitungen und Müllabfuhr ...". Einer der interessantesten Aspekte der illegalen Siedlungen ist die Tatsache, daß die Bewohner, wie arm sie auch seien, einen ausgeprägten Sparsinn haben. Von ihren begrenzten Einkünften sparen sie jeden Pfennig für ihr höchstes Bestreben, das standesgemäße Heim für ihre Familien. Nun sind sie aber vernünftige Männer und Frauen, und sie sind nicht bereit, ihre Ersparnisse in Verbesserungen der Wohnungen zu stecken, wenn

sie keine Besitzgarantien haben. Wenn erst einmal die Besitztitel erteilt worden sind, so sind diese Leute nicht nur bereit, ihre Ersparnisse in die Häuser zu stecken, sondern sie machen dies auch mit Begeisterung und erreichen oft bemerkenswerte Veränderungen. Die Anzahl der Wohnungen, die aufgrund der staatlichen Verbesserungsmaßnahmen entstehen können, ist allerdings nur beschränkt. Eine andere, etwas teurere aber auch praktische Möglichkeit ist der "site and services" genannte Ansatz; hierbei bietet die Stadt ein Grundstück an, das bereits abgeholzt, planiert und mit der allernotwendigsten Infrastruktur versehen ist: mit Erschließungswegen, Dränage, Wasserversorgung, Abwasserleitungen und Stromversorgung. Das Land wird in kleine Grundstücke aufgeteilt, die an Interessenten mit niedrigen Einkünften vermietet oder verkauft werden; weiterhin werden einfache Baupläne und günstige Kredite für den Erwerb billiger Baumaterialien angeboten. Die Baudurchführung wird den künftigen Bewohnern überlassen, die ihre Heime mit ihrer eigenen Kraft errichten.

Aufgrund der vorangegangenen Analyse können wir den Betrug, den dieser imperialistische Rabe verbreitet, durchschauen, wir können aber auch erkennen, was er verschweigt und eifersüchtig verbirgt. Was er nicht versteckt, ist sein politisches Ziel: "... wenn sie es (die städtischen Massen Arbeit und bessere Lebensbedingungen) nicht erhalten, könnte das weitaus bedrohlichere Folgen haben. Historisch gesehen sind Unruhen und gewaltsame Auseinandersetzungen häufiger in Städten als auf dem Lande aufgetreten. Unter den niedrigen Einkommenschichten können sich Frustrationen leicht zuspitzen und leicht von politischen Extremisten ausgenutzt werden. Wenn die Städte nicht das Problem der Armut etwas konstruktiver zu behandeln beginnen, wird es sehr wohl beginnen, die Städte etwas destruktiver zu behandeln."(24)

Diese Glaubenserklärung für die Selbsthilfe und der Aufruf, etwas für die Lebensbedingungen der städtischen Massen zu tun, um der Subversion zuvorzukommen sowie die vielen Rezepte, die MacNamara den lateinamerikanischen Regierungen als Chef-

berater gibt, zeigen sich allerdings nicht als massive und konstante "Hilfe", denn diese ist ein Instrument des weltweiten Kapitalismus und seines hegemonialen Zentrums. Ihre Aktivitäten dienen vorrangig dem Großkapital und denjenigen Staatsinvestitionen, die unmittelbar mit der Reproduktion von Kapital zusammenhängen. Die Abwehr der Gefahr der Subversion untersteht anderen Organen des Imperialismus und zuerst einmal den nationalen Repressionsapparaten.

Dennoch zeigt die jüngste Geschichte Lateinamerikas, daß diese Masse von verarmten und arbeitslosen Arbeitern, die tief im Elend und der Verzweiflung stecken, aus eigener Kraft nur vereinzelte, zersplitterte und episodische Kämpfe führen können, die durch kurzfristige Ziele gekennzeichnet sind - versunken in einer Ideologie, die sich aus ihren täglichen Zwängen entwickelt. Deshalb kann sich diese enorme gesellschaftliche Kraft nicht alleine in Bewegung setzen, noch kann sie im politischen Kampf die Interessen der Klasse formulieren, zu der sie jetzt potentiell gehört. Es ist daher notwendig, daß das Bewußtsein einer radikalen Veränderung der Gesellschaft als einziger Weg zur Lösung ihrer Probleme, von außen an sie herangetragen wird, daß die Arbeiterbewegung ihre Kämpfe mit der einzigen Politik anleitet, die in der Lage ist, sie - nicht ohne Rückschläge - zu einer neuen Gesellschaft zu führen, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht mehr möglich ist: dem Sozialismus.

Die Arbeiterbewegung und ihre politischen Organisationen müssen die unmittelbaren Kämpfe um den Besitz von Land unterstützen, aber sie müssen klarstellen, daß dieser Kampf zu neuen Ausbeutungsformen führt: der Selbsthilfe. Die Kämpfe müssen dahingehend beeinflußt werden, daß die spontane aber konservative Forderung des "Rechts auf Selbsthilfe" durch die Forderung nach einer flexiblen Lohnskala ersetzt wird, die die Lebensbedingungen der Arbeiter erhält und eine Anhebung der Löhne in dem Maße erlaubt, daß allen Lohnabhängigen eine angemessene Wohnung zugänglich wird, die heute nur den qualifizierten Arbeitern vorbehalten bleibt. Die Kämpfe müssen

sich gegen das Elend der Arbeitslosigkeit richten, indem eine Arbeitslosenunterstützung in Höhe des Mindestlohnes erkämpft wird, in dem der Preis einer angemessenen Wohnung enthalten ist. Außerdem muß ein Tagessatz an Arbeitsstunden erkämpft werden, der die gesellschaftliche Arbeit unter allen Arbeitskräften verteilt und dadurch wirklich die Arbeitslosigkeit beseitigt.

Diese Errungenschaften bilden jedoch noch nicht die Grundlage für die Lösung der Wohnungsfrage der Massen, da ihnen weiterhin die Grundbesitzer und die mit dem Bauwesen liierte Bourgeoisie gegenüberstehen werden. Die Lösung der Wohnungsfrage erfordert die Verstaatlichung des städtischen bebauten Bodens, die Verstaatlichung der Bauindustrie und der Baumaterialindustrie unter Arbeiterkontrolle sowie die staatliche Kontrolle über die Finanzmittel für den Wohnungsbau und die Planung des städtischen Wachstums auf demokratischer Grundlage durch die Massen; kurz gesagt, der Aufbau des Sozialismus mit all seinen ökonomischen und politischen Konsequenzen muß begonnen werden.

ANMERKUNGEN

- 1) Siehe: Pradilla, Emilio:
 - Notas acerca del problema de la vivienda.
 - La ideología burgués y el problema de la vivienda.
 - Notas acerca de las políticas de vivienda en los Estados Latinoamericanos.In: ARQUITECTURA AUTOGOBIERNO Nr. 7, UNAM, Mexico 1977.
- 2) Die Mietquartiere haben in Lateinamerika unterschiedliche Namen: inquilinatos, vecindades, conventillos, palomares, usw.
- 3) Die mexikanische Revolution von 1910 unterbrach den 1850 begonnenen "Junker"-Prozeß. Die aus der Revolution hervorgegangene Agrarreform, die besonders unter der Regierung von Lazaro Cardenas (1935-40) Anwendung fand, hat zwar den Großgrundbesitz nicht vollständig zerstört und auch nicht die enorme Anzahl von landlosen Bauern beseitigt, sie hat jedoch die Form des Genossenschaftsbesitzes eingeführt, die zwar staatliches Eigentum ist, aber dem Genossenschafter vollständig zur Verfügung steht, wodurch die Reihen der ländlichen Kleinproduzenten vergrößert wurden. Ohne daß dadurch Mexiko im Rahmen unserer Analyse zu einer Ausnahme wird, glauben wir doch, daß dadurch ein Unterschied zu den anderen lateinamerikanischen Ländern entstanden ist, sowohl in bezug auf die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft, wie auch bei den Klassenkonflikten auf dem Lande.
- 4) Lenin, W.I.: Das Agrarprogramm der Sozialdemokraten in der ersten russischen Revolution, Kap. 1.5.
- 5) Mit Ausnahme von Chile, Venezuela und in einem geringeren Maße Peru, alles Bergbauländer.
- 6) Indianer von den Hochebenen Guatemals, Perus oder Boliviens auf den Plantagen der Küste bzw. Agrozon, die Erntearbeiter für Kaffee, Baumwolle und Zucker in Kolumbien, die kolumbianischen Arbeitsimmigranten in Venezuela und Ekuador, die mexikanischen Arbeitsimmigranten in der nordamerikanischen Landwirtschaft, die guatemaltekenischen Arbeitsimmigranten im Süden Mexikos, die Paragayer in Brasilien und Argentinien, usw.
- 7) Mexiko, Chile, Brasilien und Argentinien zwischen 1900 und 1920; Uruguay, Kolumbien, Venezuela und Ekuador zwischen 1925 und 1940; Paraguay, Peru und ganz Mittelamerika nach dem II. Weltkrieg. Siehe: CEPAL, El proceso de industrialización en América Latina, New York 1965, S. 18.

- 8) Siehe: Pierre Salama: El proceso del subdesarrollo; Mexico 1976.
- 9) In unserer Arbeit "la ideología burgués y el problema de la vivienda" (die bürgerliche Ideologie und die Wohnungsfrage) haben wir den Nachweis unternommen, daß trotz ihrer Vielschichtigkeit auf lateinamerikanischer Ebene trotz ihres Ausmaßes und der geringen Möglichkeiten, durch den Produktionsapparat absorbiert zu werden, diese Massen dennoch die von Marc der industriellen Reservearmee zugeordneten Funktionen erfüllen, so daß der ideologische Charakter der durch einige bürgerliche und marxistische Wissenschaftler erfolgten Charakterisierung als "Marginale" oder "marginale Masse" offensichtlich wurde. Wir haben auch in dieser Arbeit die Verflechtung der von diesen Menschen entwickelten Subsistenzformen mit dem ökonomischen System des abhängigen Kapitalismus herausgearbeitet.
- 10) Zum Verständnis dieser Ausführungen, siehe: Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 670 ff.
- 11) Wir stellen dies als Hypothese auf, selbst auf die Gefahr hin, uns zu irren. Wir hoffen, daß eine gründliche Forschung der besonderen Fälle den empirischen Nachweis derselben erbringt.
- 12) Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 181 ff.
- 13) Siehe Hector Guillén Romo: La teoría del Imperialismo de Ernest Mandel. Seminario de teoría del desarrollo. Instituto de Investigaciones Económicas, UNAM. Mexico 1978. S. 30, 38, 44.
- 14) "... die Zunahme der Akkumulationsrate kann durch die Zunahme der Ausbeutungsrate gelöst werden. Die Abnahme der Reallöhne (bzw. ihre geringere Zunahme als die Produktivität der Arbeit) beeinträchtigt nicht oder kaum die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, und folglich kaum die dynamischen Sektoren der Akkumulation. Die Reallöhne der Arbeiter stellen in der Tat in der Hauptsache einen Kostenfaktor dar und kaum einen die Nachfrage beeinflussenden Faktor, im Unterschied zu den entwickelten kapitalistischen Ländern. Aber, genauso wie in früheren Fällen, bedeutet die Zunahme der Ausbeutungsrate - wenn sie einhergeht mit einer längerfristigen Abnahme der Zuwachsraten der Löhne (wie in Brasilien geschehen) -, daß die sozialen Widersprüche zeitweilig entweder durch eine intensivere Integrationspolitik der Gewerkschaften oder durch eine offene Repression gelöst werden." P. Salama, op. cit.
- 15) Wir beschränken uns hier auf die unvollständige und nicht überprüfte Aufzählung einiger Charakteristika der kapitalistischen Sektoren für Erschließung und Wohnungsbau. In meiner Arbeit "Notas acerca del problema de la vivienda" (Anmerkungen zur Wohnungsfrage) habe ich einige

dieser Punkte detaillierter behandelt, auch wenn einige dieser damaligen (Sept. 1974) Ansätze überarbeitet werden sollten bzw. wurden. Im Gegensatz zu jener Arbeit gehen wir hier nicht von der Analyse der produktiven Strukturen aus, sondern von Erfordernissen der Darlegung von ihrer Wirkung auf den Marktpreis; diese Vorgehensweise schränkt das Eingehen auf jenen Aspekt erheblich ein.

- 16) Siehe hierzu: Emilio Pradilla: La politica urbana del estado colombiano. In: Manuel Castells, Hrsg.: Estructura de clases y politicas urbanas en America Latina. Buenos Aires 1974. Und: Emilio Pradilla: Notas acerca del problema de la vivienda, op. cit.
- 17) Wir folgen hier dem klassischen Schema der Analyse des Arbeitsprozesses, wie er von Marx im Kapital durchgeführt wurde. Siehe: Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 192 ff.
- 18) Siehe meine Kritik an den Ausführungen von F.C. Turner und seinen Anhängern in: "La ideología burguesa y el problema de la vivienda", op. cit.
- 19) Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 184-186.
- 20) Siehe: Emilio Pradilla: Las politicas urbanas del estado colombiano. op. cit.
- 21) Manuel Castells: Movimientos sociales urbanos en America Latina. Vervielfältigtes Manuskript. Dezember 1976.
- 22) OESE + CEU: La intervención del estado y el problema de la vivienda. Venezuela. Bd. 1. Mimeo. Caracas 1976.
- 23) Robert MacNamara: "Discurso ante la junta de Gobernadores" (Rede vor der Gouverneursversammlung) Washington D.C. 1975, S. 38 f.
Siehe auch: World Bank: Housing sector policy paper 1975, S. 49.
- 24) Robert MacNamara, op. cit., S. 25.

V. DIE STRUKTURELLEN VERÄNDERUNGEN IN KUBA

Roberto SEGRE*

Die globale Kontrolle der menschlichen Umwelt, die Schöpfung eines Umweltentwurfs, der alle kollektiven Funktionen umfaßt, läßt die Architektur als wichtigste Stufe der kulturellen Wertung der Umweltzeichen ebenso hinfällig werden wie die autonome Analyse der isolierten und individuellen Arbeit. Mehr noch, er stellt den Charakter der Architektur als Teil des Überbaus - homolog zu den anderen künstlerischen Ausdrucksarten - in Frage. Die Architektur in den sich entwickelnden Ländern erhält eine Bedeutung, die sie eng an die sozioökonomische Basis bindet; sie wird zu einem Teil der strukturellen Entwicklung der Gemeinschaft. Diese Idee drückt Fidel so aus: "Die Arbeit des Baumeisters wird sehr wichtig: sie erhält einen besonderen Wert in der gesamten Gesellschaft. Man kann die Arbeit des Baumeisters in ihrer ganzen Vornehmheit und Wichtigkeit erkennen, wenn man sagt, daß von der Arbeit des Baumeisters die Entwicklung aller anderen Sektoren des Landes abhängt. Dann erhält die Arbeit des Baumeisters den vornehmen und schönen Aspekt, den sie heute in unserem Land hat. Denn sie sind die Schöpfer all dieser Wunder: unserer Schulen, Krankenhäuser und Produktionszentren; sie sind die Schöpfer unserer landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung; aus ihrer Arbeit entsteht die Veränderung, die materielle Basis, die unsere Gesellschaft braucht. Ihr seid die Schöpfer der materiellen Basis der Gesellschaft, indem Ihr das baut, was von jedem beliebigen Aspekt des Lebens in diesem Land benötigt wird." (1)

* Teil des Artikels: Transformaciones ambientales en Cuba (Umweltveränderungen in Kuba) von Roberto SEGRE in dem von ihm herausgegebenen Band: Las estructuras ambientales en America Latina (Umweltstrukturen in Lateinamerika), Mexico 1977